

Er scheint täglich außer Montag... Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 20 Pfennig...

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgepalene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pfg., für Berlin- und Verfallungs-Anzeigen 20 Pfg. Insetats für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden...

Gesamtpreis: Amt 6, Nr. 4100.

Vorwärts Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 15. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Konservative Unpredigten.

Das 'Konservative Wochenblatt' veröffentlicht einen rühmlichen Artikel über die deutschen Korpsstudenten, der als Zeichen der Zeit nicht ignorirt werden darf.

Wunderliche Unvernunft! Unsere Pädagogen sitzen ernst darüber zu Rathe, ob sie die Schulstunden 10jähriger Knaben um täglich eine Stunde kürzen dürfen, ohne ihre geistige Entwicklung zu schädigen...

Die sachkundige Kritik, welche das 'Deutsche Wochenblatt' an dieser ihr so gut bekannten und nahverwandten Spielart der 'Edelsten und Besten' übt, ist unzweifelhaft begründet.

Feuilleton.

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Manchmal kamen sie auch mit Dingen, welche Fanny wenig glaubwürdig schienen. So zum Beispiel wenn Fräulein Maltze ihnen einreden wollte, die Erde sei rund wie ein Ball...

Der deutsche Korpsstudent ist aber der Typus des nach unten schneidigen, nach oben geschmeidigen, glattgelehten Strebelings, der sich überall im öffentlichen Leben breit macht.

Dieselben Herren, die durch ihre Zugehörigkeit zum Kaiserlichen Seniorenkongress-Verbande die Vereitelung gesetzlicher Bestimmungen, wie z. B. des Zweikampfs-Verboies, gewerksmäßig betreiben...

Dieselben Herren, welche die Goldsüchse ihrer Eltern verschleudern, in den Tag hinein leben, schwelgen und hummeln, als ob es keine Noth, keine Armuth, keine soziale Frage gebe...

Dieselben Herren, welche Virtuosen im Schuldenmachen sind, trotz ihrer 'großen Wechsel', predigen später den Arbeitern Enthaltensamkeit und zeteren über den mangelnden Sparsinn des Volkes.

Sehr wohl, das 'Konservative Wochenblatt' macht ja recht beachtenswerthe Zugeständnisse, weil, nun, weil die 'Alten Herren', die 'Korpsphilister', zu viel für die verschwenderischen 'Korpsbrüder' zu bezahlen haben...

Denn wenn es dem 'Konservativen Wochenblatte' Ernst wäre, so müßte es die Sonde tiefer, viel tiefer einsetzen. Nicht diese paar hundert grünen Jünglinge allein, die sich die Mühe gegeben haben, geboren zu werden...

Den korpsstudentischen Splitter zu sehen, ist leicht. Warum nicht auch den ganzen klotzigen großkapitalistischen Wallen? Warum nicht die Junker, die rennen lassen, Ballerinen aushalten, Tausende verspielen...

Um Antwort wird gebeten.

'Ja, davon kannst Du überzeugt sein,' sagte Ebba. 'Ja, natürlich,' aber - in ihrem Innersten besaß Fanny sehr wenig Vertrauen zu diesen Fräulein. Wenn die drei Freundinnen mit ihren Puppen auf dem Heuboden droben Schule spielten...

Manchmal sahen die drei Mädchen ganz still in einem Winkel des Bodens und saamen boshafte Dinge über die Lehrerinnen aus oder sie erfanden ihnen Epitheten und dichteten auf sie Spottverse: 'Das Fräulein Maltze - der Kaduak behalte'...

Briefe aus Amerika.

New-York, 30. Dezember.

Im Organ des Lebens der Knights of Labor (Ritter der Arbeit) ist jetzt das Resultat der Abstimmung darüber bekannt gegeben worden, ob die Arbeiter selbstständige Postfilen betreiben sollen oder nicht...

Wenn nun auch darauf, daß die Mitglieder des Ordens sich in obigen Verhältnis für selbstständiges politisches Vorgehen erklären, nicht viel gegeben werden kann...

Ob das Abstimmungs-Resultat im Orden eine praktische Folge haben wird - in absehbarer Zeit - ist noch sehr die Frage. In denjenigen Staaten, wo die Farmer eine hervorragende Rolle spielen...

Und dringend notwendig ist eine solche Organisation, wenn man in Betracht zieht, daß hier zu Lande die Farmarbeiter (landwirtschaftliche Arbeiter) nach Beendigung der Feldarbeiten zum großen Theile auf die Landstraße geschickt werden...

Daß in jener Richtung bisher noch nichts geschehen, hat denselben Grund, wie überall sonst. Wenn die Sache aber planmäßig von den einzelnen Städten aus betrieben würde...

Vor Kurzem ist das genaue Wahleresultat in den 60 Counties des Staates New-York bekannt gemacht worden; darnach ist nur in einem dieser Counties keine Stimme auf den sozialistischen Kandidaten (für Richter am Staats-Appellationsgericht) Dr. Oerun gefallen...

Jette Enger hatte sich verlobt. Jette Enger hatte erst kürzlich Frau Rahrs Schule absolviert; die kleinen Mädchen betrachteten sie nahezu als Kollegin. Und denkt Euch! - nun war sie verlobt. In aller Form verlobt. Jeden Abend ging sie mit ihrem Bräutigam auf der Landstraße spazieren...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar.

Auch die heutige Sitzung des Reichstags war den Kornzöllen gewidmet und die Debatte wird morgen fortgesetzt werden. Die Frage der Brot- und Fleischvertheuerung ist die brennendste der Fragen, welche dem deutschen Reichstag jetzt vorliegen. Der Herzog ist gefallen, und Felsen seines Mantels sind ihm nachgeschlagen, allein leider noch nicht der ganze. Eins der häßlichsten Stücke ist noch übrig: Die Korn- und sonstigen Lebensmittelzölle. Jene unheilvollen Zollgesetze, zu deren Durchbringung Fürst Bismarck den Rothen Schrecken des Attentatsjahres 1878 organisiren mußte, haben den deutschen Großgrundbesitzern, als deren Chef sich der vorige Reichskanzler betrachtete, kolossale materielle Vortheile gebracht, — sie haben dieselben im Laufe der letzten 12 Jahre nicht um Millionen, nein um Milliarden bereichert — und jede Mark dieser Milliarden ist aus der Tasche des arbeitenden deutschen Volkes genommen worden. Und diese unheilvolle unmenschliche Politik der Ausbeutung der Volksmassen zum Profit der Großgrundbesitzer dauert noch fort. Sie ist ihrem Urheber noch nicht nachgefolgt und so lange sie zu Kraft besteht, herrscht thatsächlich Fürst Bismarck in Deutschland fort — und zwar auf dem wichtigsten aller Gebiete des öffentlichen Lebens: dem wirtschaftlichen.

Kann eine so widersinnige, gemeinschädliche Anomalie länger gebuldet werden? Die Mehrheit des deutschen Volks verurtheilt am 20. Februar die Bismarcksche Politik und den Hauptgrund der Verurtheilung für die Mehrzahl bildeten die Brot- und Fleischzölle.

Das Verdikt des Volkes muß endlich zur Verwirklichung gelangen. Mit der Bismarckschen Zollpolitik muß gebrochen, der letzte — und mit dem Sozialistengesetz der schlimmste — Felsen des Mantels dem Herzog nachgeworfen werden.

Natürlich bietet das Junkerthum Alles auf, um sich die Milliardenquelle zu erhalten. Heute schicken sie ihren „Philosophen“, den Herrn von Helldorf ins Feld, der in gründlichster wenn auch nicht glänzendster Weise den Nachweis erbracht, daß zu Gunsten der Brotvertheuerung kein anderer Grund vorgebracht werden kann, als das berühmte: sic volo, sic jubeo — so wollen wir es, so gebieten wirs — unser Wille — das heißt unser Nutzen, ist genügender Grund! —

Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat Stolle, der die Lage der ländlichen Bevölkerung besser kennt, als die Herren Landjunker selbst, und der aus eigener Erfahrung weiß, daß die Kornzölle die ungeheure Mehrzahl der Landbevölkerung wirtschaftlich aufs ärgste geschädigt, und nur einer winzigen Minorität zu Gute gekommen sind.

Die Thatfache, daß die Brotvertheurer sich auf Kosten der Armen bereichern, läßt sich durch keinen Sophismus und keine Spiegelschere beseitigen. Und da giebt's keinen Kompromiß — da giebt's nur eine Forderung: Fort mit den Kornzöllen! —

Die ehemaligen Offiziere sehen sich jetzt genau auf die Finger. Besonders die „Hamburger Nachrichten“, die jetzt offiziell das offiziöse Organ des Herzogs von Lauenburg sind, sehen eifersüchtig darauf, daß Niemand sich zu den Offizieren rechnet. Jetzt balgen sich die Bismarckschen, pardon die Hamburger Nachrichten mit der „Köln. Ztg.“ herum, weil dieser eine Korrespondenz des Hamburger Blattes über eine Konferenz Capriwi's mit Windthorst „von unterrichteter Seite“ als vollständig unbegründet bezeichnet wurde. Da Windthorst mit der „Köln. Ztg.“ keine Beziehungen hat und Capriwi erklärte, daß Mittheilungen von amtlicher Seite nur im „Reichsanzeiger“ erscheinen, so freuen sich die „Hamburger Nachrichten“, Capriwi und die „Köln. Ztg.“ in Verlegenheit gebracht zu haben. Was für Sorgen man jetzt in Friedrichshagen hat! —

In ganz Deutschland finden Versammlungen der Arbeitslosen statt. Ueberall sind sie leider ausgezeichnet besucht, weil eben überall die Arbeitslosigkeit ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Die schlauen Hamburger verbieten die Versammlungen der Arbeitslosen, das hilft ihnen aber nichts; das Elend ist jetzt in Hamburg so groß,

wie nie zuvor und kann, abgesehen von so durchaus verlogenen Blättern wie den bismarckschen „Hamburger Nachrichten“, von niemandem aus der Welt gelogen werden. Das genannte Blatt bringt einen maanständig tendenziösen Bericht über die Berliner Arbeitslosen-Versammlungen; es will darin glänzen machen, daß mangelnde Sparjamkeit und Arbeitslos die Ursachen der angeblichen Arbeitslosigkeit sind. Wenn es gegen die Arbeiter zu streiten gilt, dann sind die feindlichen Schwestern, die „Kölnische Zeitung“ und die „Hamburger Nachrichten“, schweizerlich verbunden. —

Selbst die „Magdeburger Zeitung“ muß die Arbeitslosigkeit in diesem Winter zugeben. Ja sie, welche doch stets der bismarckschen Wirtschaftspolitik treueste Trabanten Dienste geleistet hat, muß eingestehen, daß die Lage der Arbeitslosen höchst traurig ist, da auch die Höhe der Lebensmittel-Preise und der Brenn- und Heizungsmaterialien nicht verschleht, ihren Einfluß in entsprechender Weise geltend zu machen.

Sie verlangt von der Staatsverwaltung Inangriffnahme auch ausschließlicher öffentlicher Arbeiten, von der Privatindustrie stärkere Herausziehung von Arbeitskräften und endlich Almosen seitens der Reichen, demnach nichts als Palliativ-mitteln. Gelänge es auch, die Arbeitslosigkeit jetzt mit diesen Mitteln zu bannen, wer entscheidet die bisherigen Opfer der Arbeitslosigkeit, wer verhindert damit die Arbeitslosigkeit in späteren Jahren? Nicht mit kleintlichen Palliativ-mitteln wird man diesem Krebsel unserer Zeit, dieser naturgemäßen Folge unserer Wirtschaftsordnung, steuern können. So wichtig es für Staat und Gemeinde ist, heute alles daran zu setzen, der Noth abzuhelfen, so unabwiesbar ist für uns alle die Pflicht, vernünftige Wirtschaftszustände zu schaffen, welche den Keim der Arbeitslosigkeit vernichten. —

Das unser Bericht über eine Berliner Versammlung, die sich mit der Lokalpresse beschäftigte, der Reaktionspresse aller Schattierungen Anlaß bieten würde, das Märchen von den „Spaltungen“, von den „Jungen und Alten“ wieder aufzutischen, das wußten wir im Voraus. Daß aber auch ein Blatt, wie die „Vossische Zeitung“, diese nämligen dunklen (und nicht sehr reinlichen) Pfade wandeln würde, das hätten wir wirklich nicht gedacht. Wir müssen eben uns jeden Tag davon überzeugen, daß wir von unseren Gegnern immer noch eine zu — optimistische Meinung haben.

Die „Vossische Zeitung“ nimmt sich des Herrn Diefländer sehr warm an — was dieser mit ihr ausmachen möge — und thut, als ob die Parteileitung und die Redaktion des Parteiorgans irgend Jemand ver-gewaltigen wolle. Die „Vossische Zeitung“ scheint zu glauben, in unserer Partei ginge es her, wie in der ihrigen. Wenn sie „den Riß in der Berliner Sozialdemokratie, der durch den Halle-schen Parteitag nur oberflächlich vertilgt ward“, sich „wieder öffnen sieht“ — so können wir ihr nicht helfen, — wir sind für die Schwerkzeuge der „Tante Voh“ glücklicher-weise nicht verantwortlich. Hätte sie die Wahrheit nicht sehen wollen, so hätte sie gut gethan, die vorgestrige Riesen-versammlung bei Eips zu besuchen — die Tausende, die dort waren, und die Tausende, die wieder umkehren mußten, hätten ihr gesagt, wie „die Berliner Sozialdemokratie“ denkt und fühlt. Wenn aber die „Vossische Zeitung“ behauptet, über den Inhalt der von einigen Berliner Genossen er-hobenen Beschwerden oder Beschuldigungen erfahren die Leser des „Vorwärts“ nichts durch die Erklärung des Partei-vorstandes, so können wir der „Vossischen Zeitung“ nur sagen, sie hätte unseren Versammlungsbericht in Nr. 8 des „Vorwärts“ lesen sollen — dann hätte sie alles haarklein gefunden. Wir haben nichts zu ver-tuschen — wir haben bei vollster Offenheit nur zu gewinnen. Weitläufig sind ja jene „Beschwerden“ re. durch uns erst ans Licht gezogen worden.

Entwickelt die „Vossische Zeitung“ sich so weiter, dann wird sie demnächst wohl auch der rheinischen Zentralliga nachdrucken, daß die Sozialdemokraten durch die von ihnen propagirten Streiks an dem Nothstand in Berlin Schuld sind. —

In Württemberg beschäftigt jetzt die Reform der inneren Verwaltung das Abgeordnetenhaus. Einer der wichtigsten Wünsche bei der Verwaltungsreform war die

Abschaffung der lebenslänglichen Anstellung der Ortsvor-sitzer (Bürgermeister). Trotz der Popularität, welcher sich ein dahingehender Antrag in den weitesten Kreisen erfreute, be-schloß das Abgeordnetenhaus mit 62 gegen 21 Stimmen die Beibehaltung der lebenslänglichen Anstellung der Orts-vorsteher in Gemäßheit des von der Regierung vorgelegten Entwurfs. Von dem Abg. Hausmann war im Namen der demokratischen Partei die Abschaffung dieser Einrichtung be-antragt worden.

Man sucht eben überall das Volk möglichst selten zum Worte kommen zu lassen und die gewählten Beamten werden, da sie einer Wiederwahl sich nicht zu unterziehen brauchen, nur von der Regierung abhängig, so daß sie nach unten den Tyrannen, nach oben den ergebensten Diener spielen können. —

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres finden 20 Erbschaftswahlen für die Zweite sächsische Kammer statt. Von diesen fallen 14 auf Wahlkreise, welche durch Konservative, 5 auf solche, welche durch Nationalliberale vertreten waren, 4 gehörten den Freisinnigen, je 8 dem sächsischen Fortschritt und den Sozialdemokraten an.

Nach den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl und der in diesem Jahre so überaus zahlreichen Siege unserer Partei bei den Gemeinderaths-Wahlen in Sachsen dürften wir unzweifelhaft schöne Erfolge bei den Wahlen davon-tragen. —

In Bezug auf die Behandlung des Herrn von Danneberg, des gefangenen Redakteurs der „Deutschen Volks-Zeitung“ in Hannover wird uns von einer Seite, die Herrn von Danneberg politisch nahe steht, mitgetheilt, daß die von uns veröffentlichten Angaben nicht richtig seien und daß die Behandlung des Genannten — abgesehen davon, daß ihm die Selbstverköstigung verweigert sei — nichts zu wünschen übrig lasse. Wir halten uns für verpflichtet, hier von uns zu nehmen, und wir wollen nur noch erklären, daß wir die betreffenden Angaben einem gedruckten Zirkular, das jedenfalls auch anderen Blättern zugegangen ist, und — unseres Erachtens — von Parteigenossen des Gefangenen heraberte, entnommen haben. —

In Hamburg starb gestern Dr. Anton Nee, früher Vertreter des dritten Hamburger Wahlkreises. Nee war seit seines Lebens ein ehrlicher Demokrat, doch hat er sich nicht zur Sozialdemokratie entwickeln können. Seine Bedeutung lag mehr auf dem Gebiete der Pädagogik als auf dem der Politik. —

Pobedonoszew ist vom Jaren zum Minister der „Volksaufklärung“ (!) ernannt worden. Beifender konnte man die russische Volksaufklärung nicht verhöhnen, als dies durch die Ernennung dieses bildungsfeindlichsten, reaktionärsten Russen geschehen ist. Er ist der Vertreter der panslawisti-schen und bildungsfeindlichsten, verknöchert orthodoxen Richtung im russischen Volke. Rücksichtslosigkeit und Ab-wesenheit von jeder Scheu in der Wahl selbst der verwerflichsten Mittel charakterisirt diesen würdigen Minister der Regierung Alexanders III. Ihm wird die nicht schwere Aufgabe zufallen, die wenigen wissenschaftlichen Keime an den russischen Schulen zu vernichten, die Intoleranz auf die höchste Spitze zu treiben und die Russifizierung der Ostsee-provinzen zu vollenden, die Finnlands energisch zu betreiben. Das zarische Regiment sucht sich immer mehr zu über-trumpfen, doch dies kann nicht mehr lange gehen, man tanzt nicht ungestraft auf einem Vulkan. —

Nach den neuesten Berichten ist Paderewski nicht ge-fangen. Die spanische Polizei hatte einen Falschen erwischt, was auch anderen Polizeien mitunter passiert. Der französische und russische Regierung wird ein Stein vom Herzen genommen sein. Hätte man Paderewski vor ein französisches Gericht stellen müssen, so würde das Treiben der russischen Spiondiplomatie, deren infame Praxen (Ruisse) den Jörn und die Empörung aller anständigen Menschen, ohne Unterschied der Parteien, hervorgerufen haben, deart be-leuchtet werden, daß ein Sturm der Entrüstung durch die ganze gebildete Welt gehen würde und die Regierungen sich wohl genöthigt sehen dürften, endlich einmal gegen diesen immer schamloser und brutaler auftretenden, dem Völker-recht und unserer Kultur Hohn sprechenden Unfug mit allem Nachdruck einzuschreiten.

„Ist es nicht wahr? — weiß ich es nicht, Gina?“
appellirte Fanny.
Gina nickte.
„D, das ist nicht schön von Euch,“ begann Ebba aufs Neue, „beständig habt Ihr Geheimnisse vor mir! Pfui! Ich rede gar nicht mehr mit Euch!“
„Ja, was kann ich dafür?“ fragte Gina.
„Gar nichts; nur Fanny thut so wichtig und ist so elchhaft!“
„Gast nicht etwa Du mir gesagt, Gina, daß ich es nicht erzählen soll, was?“
„Du kannst Dir doch denken, daß ich damit nicht Ebba meine; denn sie ist gerade so groß wie wir.“
„Ach was, Du darfst es mir ganz gut sagen“, ermunterte Ebba.
„Nein, nein, ich sage es nicht.“
„Warum nicht?“ fragte Ebba. „Wenn Ihr es wißt, so kann ich es wohl auch hören.“
„Nein, nein; auf der Straße ist es zu unangenehm; hier ist es so licht.“
„Kannst Du nicht am Nachmittag mit Gina zu mir kommen? So gehen wir dann auf den Heuboden!“
„Nun ja. — Gut, auf dem Heuboden.“
Sie einigten sich darüber.
„Und so giebst Du mir Deine Hand darauf, daß Du es erzählst,“ sprach Ebba.
Fanny blickte Gina an; Gina nickte.
„Ja, ich verspreche es,“ sagte Fanny mit vorgestreckter Hand.
„Verspreich es bei Gott!“
„Bei Gott! — Glaubst Du mir nun?“
Ebba war beruhigt.
Sie trafen sich am Nachmittag mit etwas beklommenen Gefühlen auf dem Heuboden.
Wie sie verabredet, krochen sie in den innersten Winkel des Stammes, wo es so dunkel war, daß sie einander gar nicht sahen.
Sie sprachen lebhaft von allem Möglichen, an das sie nicht dachten; sie lachten mit gekünsteltem Lachen und machten sich viel mit dem Kiedersehen zu schaffen. Endlich

sahen sie. Sie sahen so dicht neben einander, daß Jedes von ihnen fast das Herz des Anderen schlagen fühlte. Und da wurden sie mäuschenstill. Die Geschichte war so schrecklich unangenehm, schien ihnen plötzlich.
Besonders Fanny kam es so vor. Sie hatte zwar auch Lust, es zu erzählen; aber Gott, wie unangenehm es war! Am liebsten erzählte sie nichts.
„Erinnerst Du Dich, Gina, was wir für morgen in Geographie aufhaben?“ fragte sie.
Gina erinnerte sich, und Ebba erinnerte sich auch. Dann wurde wieder Alles still.
„Ach, wie langweilig sie ist, dieses Fräulein Maltze!“ sagte Fanny.
„Ja.“
„Warum haben wir nicht Adjunkt Bryn in Geographie? Er ist so unterhaltend.“
„Ja, er wirklich!“
„Wer?“
„Adjunkt Bryn, natürlich!“
„Ach so! Ja, er ist unterhaltend.“
Es wurde wieder still.
„Worüber lachst Du?“ fragte Ebba, nach Luft schnappend; man hörte, wie ihre Brust arbeitete.
„Ich lache über den Adjunkten; er ist so komisch, wenn er stottert: S — j — spißbübinnen! W — o — vagabundinnen!“
„Haha!“
„Hehe!“
„Und wenn er uns Lumpen nennt! Ein Mädchen Lump nennen! Haha! — Du kannst schon, wenn Du willst, Du Lump! Hahaha!“
„Ja.“
„Hahaha!“
Wieder Stille.
Es wurde förmlich warm im Winkel drinnen. Sie hörten einander pusten. Alle hatten solche Lust, von dem Eigentlichen zu reden; es war nur so gräulich unangenehm, anzufangen.
Endlich hielt Ebba es nicht länger aus.
„Jetzt bin ich ganz sicher, daß Ihr mich nur foppen

wollt“, sagte sie, „oder vielleicht nicht?“
Zwei außerordentlich überrascht klingende Stimmen riefen zu gleicher Zeit:
„Dich foppen? Ja, wie so denn?“
„Erinnerst Du Dich denn nicht, daß Du erzählten solltest, Fanny, — das, was auch Gina weiß?“
„Ach ja, das?“
„Sagtest Du nicht dazu „bei Gott?“ That sie es nicht, Gina?“
„Ja wohl.“
„Gut, aber dann mußt Du mir auch die Hand darauf geben, daß Du es Niemand weiter sagst.“
„Bei Gott!“ schwor Ebba und reichte die Hand.
Und so begann Fanny, von Gina unmerkbar unterstützt, mit flüsternder Stimme die Geschichte der Gefindestube auf Wig zu erzählen.
„O je! Pfui!“ riefen die kleinen Mädchen, so oft etwas Arges kam; „oh, ich sterbe!“, „oh weh, sag das nicht!“ Jedoch, wenn eine Geschichte zu Ende war, verlangten sie noch eine und Ebba zeigte sich ganz schrecklich eifrig. Alles erklärte sie erhalten.
Fanny sagte, was sie wußte und Gina half nach. Fanny hatte sich von verschiedenen Dingen falsche Vorstellungen ge-bildet; Gina korrigirte dieselben. So wurde das Ganze auch für Fanny neu. Je mehr sie begriffen, desto mehr entsetzte es sie, und desto heißer wurde ihr Interesse. Was in aller Welt konnte das zugehen; wie in aller Welt hing das zusammen? Eifriger und eifriger flüsterter und mis-perden sie; wenn Worte zu brutal wurden, halfen sie sich mit Andeutungen, Gebärden, des gefährlichen Wortes erklärenden Buchstaben. Ebba wußte bald Alles, was die Anderen wußten, und ach! — pfui! — daß Jemand so etwas that! — Und sie flüsterter und stöhnten und waren ganz flammend heiß.
„Hui, ich fürbe vor Scham!“ — „Ach, wenn Jemand — oh pfui! Denkt Euch, wenn Jemand so etwas mit Euch von uns thäte!“ — „Aber pfui!“ — „Oh, je!“ — „Ich fürbe vor Scham!“ — „Fürbe vor —“ „Uj pfui; niemals auf der Welt!“ —

(Fortsetzung folgt.)

Nun — zu einem Prozeß wird es vorläufig wenigstens nicht kommen. Wir hoffen aber, daß es unseren Genossen in Frankreich gelingen wird, die Wahrheit über die russische Geheimpolizei in Frankreich und deren Beziehungen zur Polizei des Herrn Constans zu enthüllen und durch einen Appell an die öffentliche Meinung das Ende dieser Schandwirtschaft herbeizuführen.

Auch wir Deutsche müssen ein scharfes Auge haben — das verabschiedete Spitzelgambel des Fürsten Bismarck ist für den Kugel mindestens ebenso empfänglich wie das armenisch-griechische Lumpenproletariat in der Türkei, das der russischen Spitzeldiplomatie so zahlreiche Rekruten liefert.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat eine Proklamation erlassen, welche zur Besichtigung der Chicagoer Weltausstellung einladet, da genügender Nachweis geliefert worden ist, daß ausreichende Vorkehrungen für Beschaffung der erforderlichen Grundstücke und Gebäude getroffen worden sind, und daß die Summe von mindestens 10 Millionen Dollars zur Verwendung der Forderung der Ausstellung aufgebracht worden ist. Die Ausstellung findet zur Feier des 400. Jahrestages der Entdeckung Amerikas durch Christoph Columbus statt und führt deshalb den Namen „Columbus-Weltausstellung“. Die Ausstellung wird am 1. Mai 1893 eröffnet und nicht vor dem letzten Donnerstag des Oktobers desselben Jahres geschlossen. Präsident Harrison ladet im Namen der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten alle Nationen der Erde ein, an der Gedächtnisfeier eines Ereignisses, das in der Geschichte der Menschheit in erster Reihe steht und für sie von dauerndem Interesse ist, Theil zu nehmen, indem sie Vertreter ernennen und solche Produkte zu der Columbus-Weltausstellung entsenden, welche am besten und am vollkommensten ihre Hülfsmittel, ihre Industrien und ihre Fortschritte in der Zivilisation erkennen lassen.

Mit der Weltausstellung soll bekanntlich auch, wie mit der Pariser, ein internationaler Arbeiterkongreß verbunden werden.

Der nächste internationale Arbeiterkongreß findet, wie unseren Lesern bekannt, im Laufe dieses Jahres, und zwar in Belgien statt.

Der große Lärm wegen der Fischerei im Behringsee scheint nicht zu einem Kriege, sondern — zu einem Prozeß zu führen. Die englische Kolonialregierung in Kanada hat bei dem obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten Klage geführt über die Behandlung der englischen Schiffe. Nun, die ganze Sache wird sich in Wohlgefallen auflösen.

Die Angelegenheit Schewitsch hat viel Staub aufgewirbelt, wie das zu erwarten war. Wir haben von verschiedenen Seiten Zuschriften erhalten und werden wohl gelegentlich auf die Sache zurückkommen. Bemerkenswert ist heute bloß, daß unsere bezügliche Notiz, weder durch Organe der Bourgeoisie, noch durch Mitteilungen von persönlichen Gegnern Schewitschs und der „New-Yorker Volkszeitung“ veranlaßt worden ist.

Wir haben unlängst an dieser Stelle den kranken Egoismus der Apotheker gezeihelt. Heute geht uns aus Apothekerkreisen eine interessante Erklärung in dieser Sache zu, welche wir nach dem Grundsatz, den Angegriffenen immer das Wort zu ertheilen, zum Abdruck bringen und dies desto lieber, weil sie beweist, daß in den Kreisen der Apotheker die von uns gerügten Mißstände auch erkannt werden. Wir lassen die Einwendung hier folgen:

Der deutsche Apothekerverein hat sich allerdings veranlaßt gefühlt, in einer Petition an den Reichstag gegen die Forderung der Krankenkassen um Bewilligung eigener Apotheken zu protestieren. Daß übrigens das wirtschaftliche Programm des deutschen Apothekervereins nur zum Theil von der Gesamtheit deutscher Apothekenbesitzer Anerkennung findet, daß es deren nicht wenige giebt, welche die gleichwertigen Widerfolge aller bisherigen Systeme von den Realprivilegien bis zu den Personalkontingenten erkennen, die einzige Rettung der Pharmazie in der Verstaatlichung des Gewerbes erblicken, ist eine Thatsache, hervorgehend aus den mühselig und unentwegt verfolgten Bestrebungen des hervorragendsten Vertreters dieser Richtung, des Apothekers

Kempf, der denselben seit Jahren in den verschiedenen Fachzeitschriften, wie auch in wiederholten Petitionen an maßgebender Stelle Ausdruck verliehen hat und jeweils durch zahlreiche Anerkennungs- und Zustimmungsbriefe von Seiten seiner Kollegen ausgezeichnet wurde. — Eine Verstaatlichung der Apotheken läme in gleicher Weise dem arzeneibedürftigen Publikum entgegen durch bedeutende Reduktion der Arzneipreise, wie auch dem Apotheker: dem besitzenden durch Befreiung von einer oft unerschöpflichen Konkurrenz (besagte und unbesagte) und durch Ausschließung der Möglichkeit eines schwindelhaften Geschäftsbetriebs, wozu die Verletzung heutzutage bei dem schwindelhaften Apothekenpreisen leider allzu nahe liegt; dem unselbstständigen, theils konditionirenden, theils in einem anderen Grade beschäftigten Apotheker durch die im eigenen Beruf möglich werdende baldige Begründung einer nicht vom blinden Zufall abhängigen, dauernden Lebensstellung; dem Interesse des ganzen Apothekerstandes: durch Hebung seines Ansehens und seiner Würde.

Parlamentarisches.

Petitionskommission.

Sitzung vom 14. Januar, Vormittags 10 Uhr.

Es liegen Petitionen einiger an dem im Bau begriffenen Nordostkanal liegenden Gemeinden vor.

Sie berühren erstens die Frage des Unterstützungswohnsitzes der beim Bau des Kanals beschäftigten Arbeiter. Die Petenten wollen, das Reich solle die Uebernahme etwaiger Kosten im Unterstützungsfalle ansprechen. Mangel eines Bedürfnisses erklärt die Kommission die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Tagesgen wird eine andere Petition, welche Sicherung eines an den Kanal grenzenden Weges durch die Baukommission verlangt, dem Plenum resp. dem Reichstag des Innern zur Erwägung übergeben. Andere Petitionen, die eine Heranziehung des Reichthums als Eigentümer von Ländereien zu den auf denselben ruhenden Lasten, werden als ungeeignet zur Erörterung im Plenum befunden, da der Instanzgrad nicht erschöpft sei und nach einer Erklärung des Regierungskommissars eine Reihe derartiger Dinge im Verwaltungs-Erweiterungsverfahren schweben.

Der Magistrat zu Spandau, und die Gemeindervertretung zu Gaarden und Ellerbeck petitioniren um Heranziehung des Reichthums zu den Gemeinde-Abgaben. Referent ist der Abg. Stephan.

Der Regierungskommissar hält das dabei in Frage kommende Reichthums-Gesetz in materieller und formeller Hinsicht für unbefriedigend. Es werden Erwägungen an Regierungskommissionen geftogen, die sich aber noch im Anfangsstadium befinden, weshalb der Kommissar keine Andeutung machen kann, in welcher Richtung sich dieselben bewegen.

Abg. Mülich schildert die Lage der Gemeinden Ellerbeck und Gaarden, welche unter den jetzigen Umständen in erodirter Weise belastet werden. Die Sache schwebt schon länger. Es sind schon vor Jahren Petitionen zur Erwägung übergeben worden, die Sache scheint auf dem alten Fleck zu stehen.

Der Regierungskommissar, Admiralsrath Dr. Holz, betont, daß die Marineverwaltung an den geschilderten Zuständen unschuldig sei. Die Werftarbeiter würden ja zur Gemeindebesteuerung herangezogen. Die Schuldenlast der Gemeinde Gaarden sei nicht durch die Marineverwaltung veranlaßt, die Landbankruhe durch die Marine haben dagegen Vortheile für die Gemeinde gebracht. Die Schuldbanken haben große Belastung gebracht. Der Schulpalast, welcher fast leer steht, brachte eine Last von 109 000 M. Dazu hat die Marineverwaltung nichts gethan und kann doch auch nicht zu den Lasten herangezogen werden.

Der Regierungskommissar Geh. Ober-Reg.-Rath Plath sieht ebenfalls keine Veranlassung, das Reich mehr zu diesen Lasten heranzuziehen. Angenommen, daß eine gesetzliche Regelung der Sache vorgenommen würde, würden die Gemeinden kaum einen größeren Vortheil haben.

Abg. Mülich giebt eine Schilderung der örtlichen Verhältnisse von Ellerbeck und Gaarden, welche sich gegen die Ausführungen des Admiralsrath Dr. Holz wenden. Die Gemeinde Gaarden ist von der Regierung gezwungen worden, die Schulen zu bauen. Alle dänische Gesetze sind dabei von der Regierung angewandt worden. Der Fiskus hat nicht einen Pfennig dazu beigetragen, als durch seine Arbeiten die Gemeindegrenze in Grund und Boden gefahren worden. Warum will man denn die beiden Gemeinden nicht geben, was man Wilhelmshaven gegeben hat?

Admiralsrath Dr. Holz wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Mülich.

Regierungskommissar Geh. Kriegsrath Dr. Seidenspinner erklärt, daß die Verhältnisse in Spandau anders liegen. Nebenher giebt eine Auseinandersetzung dieser Verhältnisse. Fonds sind zur Deckung der Wünsche Spandaus nicht vorhanden; auch kann man keine Prägung in dieser Hinsicht schaffen. Die Regierung verbleibt auf den früheren ablehnenden Standpunkt.

zerstört, keinen Heller fremden Gutes an sich genommen, sondern Alles getrennlich an den Schatzmeister des Bundes abgeliefert. Aber nun ließ der Rath auf ihn streifen, und Eva zitterte bei dem Gedanken, sein Verdict möge verrathen werden. Es gab ja der Wankelmüthigen und schwüthigen Seelen so viele, die gern zu Verräthern wurden in dieser schrecklichen Zeit.

Die Flucht in ein fremdes Land erschien dem verlassenem Mädchen wie eine Erlösung. Dem soeben hatte sie ihre alte Mutter begraben; sie stand jonach ganz allein. In das Badell'sche Haus zurückzukehren hatte sie keine Anforderung erhalten, sie schonte sich auch nicht dorthin zurück, seitdem Agnes verstorben worden. Das kleine Götlein, das ihr der Haldenbauer hinterlassen, hätte sie nicht allein bewirtschaften mögen. Sie konnte aber nichts veräußern, denn es hätte ihr Niemand etwas abgenommen. Zwar hatte der Rath von Rothenburg in dem Vertrag, den er mit Florian Beyer schloß, als er zum Bund der Bauern trat, die Beschwernisse abgeschafft, die auf den Gütern des gemeinen Mannes ruhten. Aber nachdem die Kunde von der Niederlage der Volkshere bei Königshofen und Ingolstadt, von der Einnahme von Würzburg und dem schrecklichen Blutgericht alldort gekommen war, mochte Niemand mehr glauben, die Herren vom Rathe würden den Vertrag halten. Da konnte Junker Kunz Kreglinger jeden Tag kommen und sein Verdict einfordern; er konnte sich nach seinem Gutdünken das beste Stück ausheben aus der Habe seines verstorbenen Leibeigenen. Die Bauern von Detwang gingen geduldet einher; da hätte Niemand dem verlassenem Mädchen auch nur eine Sichel oder ein Bund Heu abnehmen mögen. Sie wichen ihr aus; sie mochten schon fürchten, man werde sie als die Genossen des großen Bienenhart aus dem Schwarzenbrunn ansehen, wenn sie seiner Liebsten einen guten Tag böten. Die Justiz von dazumal machte auch nicht viel Federlesens und hielt sich nicht gar lange mit Beweisen auf, sie schlug gleich zu.

Es war ungefähr um die Zeit, da Doktor Karstadt mit Agnes's Hüfte über die Stadtmauer aus Rothenburg flog, daß Eva bekümmert in ihrer einsamen Behausung saß.

Abg. v. Kehler spricht für eine Beihilfe an die Gemeinde Ellerbeck und Gaarden aus Billigkeitgründen, welche auch früher von den Regierungskommissaren ausgesprochen sei. Nebenher stellt den Antrag, der Regierung die Petitionen Ellerbeck und Gaarden zur Erwägung zu übergeben, ob nicht aus Billigkeitgründen eine Beihilfe den Gemeinden zu gewähren sei.

Abg. Mülich erklärt, daß der Regierungskommissar in einzelnen Punkten heute noch so unecht habe, wie früher.

Regierungs-Kommissar Major Bohn erörtert die Petition des Spandauer Magistrats. Spandau befindet sich in glünstiger Lage, als andere Garnisonsorte. Mit der Zunahme der Staatsarbeiter sei der Prozentsatz der Kommunalsteuern heruntergegangen. Die Angaben der Petition sind nicht zutreffend. Achtzig Prozent der Kommunalsteuern werden von den Arbeitern und nur etwa zwanzig Prozent von den Bürgern bezahlt. Eine Belastung der Gemeinde durch die Staats-Werksstätten finde also nicht statt, denn die Arbeiter derselben tragen zu dem hohen Prozentsatz bei. Spandau hat sich ungemein vergrößert. Die Bauten vermehren sich, es werden Wohnungen für Beamte u. gebraucht. Die Mieten sind sehr hoch. Es ist vorthelhaft, in Spandau Hausbesitzer zu sein. Die Bürger leben von dem Gewinn, welchen sie von den Arbeitern haben. Nebenher ergeht sich in längeren Darstellungen der kommunalen Verhältnisse Spandaus.

Abg. Beyer macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Arbeiter Spandaus 80 pCt. zu den Kommunalsteuern beitragen, dann eine Beihilfe zu den Kommunalanlagen doch auch den Arbeitern zu Gute kommen würde. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, erhalte die Petition des Magistrats einen anderen Anstrich.

Regierungs-Kommissar Major Bohn bezweifelt, ob das der Fall sein würde. Dann würde es besser sein, die Verwaltung des Staatsbetriebes gebe diese Beihilfe ihren Arbeitern direkt.

Es wird beschlossen, die Petitionen der Regierung als Material für die Gesetzgebung zu überweisen, dagegen die der Gemeinden Ellerbeck und Gaarden zur Erwägung zu empfehlen, ob nicht durch einen Beitrag zur Tilgung der Schulden beigetragen werden könne.

Eine Petition mit 477 Unterschriften aus Württemberg, welche Herabsetzung der aktiven Militär-Dienstzeit will (für die Infanterie auf zwei Jahre), wird durch die Beschlüsse des Reichstages vom 20. und 28. Juni 1890 für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Die Wahlprüfungs-Kommission verhandelte gestern über die Wahlen der Abgeordneten Evers (S. Minden) und Graf von Garmar (I. Breslau). Beide Wahlen wurden für gültig erklärt, und zwar die des Grafen Garmar einstimmig. Um die Wahl des Abgeordneten Evers kam es dagegen zu längeren Auseinandersetzungen. Die Wahl im Mindener Kreise brachte bekanntlich das Schauspiel, daß zwei deutschkonservative Kandidaten, von denen einer der bekannte Redakteur der „Kreuzzeitung“, von Hammerstein, war, sich gegenüberstanden. Die Folge dieses „Vanderzwiesens“ war, daß sich die konservativen Stimmen spalteten und infolge dessen der Sozialdemokrat Singer mit dem Zentrumsmann Evers in die Stichwahl kam. Als Gegner des Herrn von Hammerstein trat der Landrath von Ditsfurt in die Schranken. Beide Junker kämpften natürlich unter dem Banner: „Mit Gott für König und Vaterland.“

Dabei ging nun besonders der Herr Landrath in der rücksichtslosesten Weise vor. Derselbe erließ in dem sonst zu amtlichen Bekanntmachungen benützten Blatte Erlasse an die Wähler, in denen er den Anhänger von Hammerstein's vorwarf, daß sie sich mit Unrecht auf die Sympathien des Kaisers beriefen und worin ziemlich unverblümt ausgesprochen ward, daß es den Wünschen des Kaisers entspreche, wenn von Hammerstein nicht gewählt werde. Dieses Eingreifen des Herrn Landrathes in die Wahl-Agitation gewinnt erst ihr volles Relief dadurch, daß derselbe selbst sich den Wählern als Kandidat nach dem Herzen seiner Majestät vorstellte. Es handelte sich in diesem Falle also in aller Form um eine offizielle Kandidatur unter Mißbrauch des amtlichen Einflusses. Die Majorität der Kommission konnte indes in den Veröffentlichungen des Landrathes von Ditsfurt keine amtlichen Handlungen erblicken und wurde deshalb der Antrag auf Kassirung der Wahl Evers gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Die Budgetkommission des Reichstages genehmigte heute das gesammte Ordinarium des Etats des Auswärtigen Amtes.

Die Kommission des Reichstages zur Berathung des Krankenlassen-Gesetzes nahm in ihrer heutigen ersten Sitzung von einer Generaldebatte Abstand. Zum Referenten wurde Graf Mibach, zum Korreferenten Dr. Max Jirsch ernannt. Von Mitgliedern des Bundesrathes war der Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. von Bödicker anwesend. § 1 wurde in der Fassung der Vorlage angenommen gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Der Paragraph begrenzt den

Sie hielt eine Arbeit in den Händen, aber es wollte damit nicht vorwärts. Die Hände sanken dem Mädchen immer wieder in den Schooß und sie starrte auf die Straße hinaus, wo sie doch nur sah, was alle Tage zu sehen war.

Da sah sie, wie ein Mensch um ihr Häuslein schlich, der etwa wie ein verarmter Bauer ansah und solcher gab es Viele in diesen Tagen. Er war nicht mehr jung; sein runzliches Gesicht trug einen eigenen verschlagenen Ausdruck. Er spähte zu den kleinen Fenstern hinein und wie er Eva in der Stube sitzen sah, pochte er leise an die verschlossene Thür. Darin hätte Eva sonst wohl nichts Besonderes gesehen, heute aber erschreckte sie Alles. Zitternd öffnete sie dem Unbekannten und frag nach seinem Begehrt. Er legte die Finger auf den Mund und that so, als ob er sich mit dem Mädchen in einem Einverständnis befände.

Als sie in die Stube getreten waren, sprach er leise:

„Bom Bienenhart komm' ich!“

Eva schaute den Mann scharf an. Er wollte ihr nicht gefallen.

„Dabt Ihr ein Zeichen?“ fragte sie.

„Das hab' ich nicht, denn es ist zu gefährlich, in dieser Zeit ein Ding bei sich tragen, das der hohen Obrigkeit nicht gefallen möchte.“

Sie schaute ihn wieder prüfend an; er aber hielt ihren Blick ruhig aus.

„Und was soll ich?“ frug Eva.

„Ihr sollet sogleich mit mir kommen zu Bienenhart, Ihr wisset ja, wo er sich verborgen hält,“ antwortete der Bote.

„Er will mit Euch berathen, was zu thun sei, damit Ihr Beide der Gewalt der Herren entkommen möget!“

„Und wer seid Ihr?“

„Ein armer Bauer aus dem Schüpsergrund; ich war mit dabei bei Königshofen und bin das Laubertthal herauf gekommen.“

Das entschied; Eva vertraute dem Manne, der sich selbst als Flüchtling bekannte. Nun erschien er ihr wie ein Ketter in der Noth, der ihr endlich das ersehnte Zeichen von Bienenhart brachte; sie wollte hinaus aus diesem Dorfe, wo sie schier erstickte in der Einsamkeit und in der Furcht.

(Fortsetzung folgt.)

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525.

Von Wilhelm Bloß.

(36. Fortsetzung.)

„So,“ antwortete Schäferhans, „Ihr habt mir nicht Rede zu stehen? Aber dem Gericht werdet Ihr schon stehen und auf die peinlichen Fragen werdet Ihr schon antworten. Folgt mir nach dem Thurm!“

„Ihr wagt es, die Tochter eines Rathsherrn in Verhaft zu nehmen?“

„Wir kennen Euch schon,“ antwortete der Schäferhans, „Euch und die Praktik, die Ihr mit den Aufrührern habt. Des Befehl ist, Alle zu greifen, die dem Karstadt Unterschlupf und Beistand leisten.“

Agnes ergab sich schweigend in ihr Schicksal. Sie ward mit der jammernden Wirthschafterin, die gar nicht wie ihr geschah, nach dem Straßthurm hinter dem Frauenkloster gebracht; dort schloß man sie in eine enge Zelle ein.

Jörg Spelt ward von diesem Abend an nicht mehr in seiner Vaterstadt gesehen.

Des Junkers Rache.

Inzwischen verstrichen der schwarzen Eva drunten im Thal zu Detwang die schönen Sommertage in seelengerüttelter Aufregung; sie lebte unter dem Druck einer unbestimmten aber unauslöschlichen Furcht, daß etwas Schreckliches sich ereignen müsse.

Zwar wußte sie, daß Bienenhart aus der mörderischen Schlacht von Ingolstadt entkommen war, denn er war eines Abends bei ihr erschienen, wild und verzühet, und hatte ihr gesagt, sie solle sich bereit halten mit ihm zu fliehen in ein fremdes Land, denn hier sei seines Bleibens nimmer, der brenne ihm unter den Füßen und wenn der Rath sich seiner verschließen könne, werde ihm der Henker den Kopf vor die Füße legen. Er lag verborgen draußen in der Landwehre und verzog sich nur noch, um das geringe Gut, das er besaß, zu Gelde zu machen, damit sie nicht gar so bettelarm in das fremde Land kämen. Denn Bienenhart war ehrlieh und hatte in den vielen Schlössern und Edelshen, die er

Verpflichtungswang. Der letzte Absatz lautet: Als Gehalt oder Lohn im Sinne des Gesetzes gelten auch Lantidien und Naturalbezüge. Der Werth der Naturalbezüge wird nach Durchschnittspreisen von der unteren Verwaltungsbehörde festgestellt. Dafür wird folgender letzte Satz eingefügt: Für die Letzteren wird der Durchschnittswert in Anrechnung gebracht. Dieser Werth wird von der unteren Verwaltungsbehörde festgestellt. — Nach § 2 kann der Verpflichtungswang durch statutarische Bestimmung weiter ausgedehnt werden. Auf Antrag des Abg. von Kardorf wurde dem Paragraphen eine Nr. 6 eingefügt: Ausdehnung auf Dienstboten einschließlich des in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Gefindes. — Die §§ 2a und 3 wurden unverändert angenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cassette beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht erteilt.

An unsere Korrespondenten im Reich. Zahlreiche und für die Rubrik Parteinachrichten und Korrespondenzen zugehende Berichte behandeln Angelegenheiten geringeren oder lokalen Interesses. Dieselben können aus Raummangel nicht im Zentralorgan veröffentlicht werden. Ebensovienig werden wir in Zukunft

Verurtheilungen nebenfächlicher Art veröffentlichen. Solche sind an den Parteivorstand zu melden, der dieselben für die Rubrik „Im neuen Kurs“ zusammenstellt. Eine zweimalige Veröffentlichung der gleichen Thatfachen kann nur ausnahmsweise geschehen, daher bitten wir Verhandlungen vor dem Schöffengericht und ähnlich nur dem Parteivorstande, nicht aber uns zu melden. Dagegen bitten wir um sofortige Anzeige aller Verhaftungen, Untersuchungen und ähnlichen Vorgänge.

Stadtkomm. Dem Parteivorstand überwiesen.
Dr. v. T. Wir können Ihnen nur Liebknecht's Buch: „Robert Blum und seine Zeit“ empfehlen (Preis ca. 2 M.). Auch von W. Beder ist über jene Zeit ein Buch erschienen, dessen Titel wir Ihnen ohne weitere Empfehlung nennen wollen. Es heißt „Geschichte der preussischen Reaktion.“

Joh. S. Viesfeld. Sie haben ja am Orte ein eigenes Parteiorgan, warum senden Sie den Bericht nicht an dasselbe. Uns ist es unmöglich, Einsendungen, wie die Ihrige, anzunehmen; das verbietet der Raum des Blattes.

J. D. Pr. Eylan. Senden Sie Ihre Arbeiten nur ein, dann werden wir Ihnen, wenn dieselben sich für unser Blatt eignen, unsere Bedingungen mittheilen.

A. B. Frankfurterstr. Eine solche Kasse ist für uns unbekannt.

S. E. 65. Wenden Sie sich an den Vorstand.

S. B. 200. 1. Der Unterhalt der Prinzen wird aus der Zivilliste bestritten. 2. Ja.

N. B. Uns leider nicht bekannt.

St. Nigdorf. Wenden Sie sich unter Beilegung des betreffenden Briefes an die Kaiserliche Ober-Postdirektion zu Berlin.

A. Schwadie. Sorau liegt in der Provinz Brandenburg. **F. S., Oerwieck a. Harz.** Sie haben sich an den Landrath Ihres Kreises zu wenden.

M. K. Tren. Wahrscheinlich werden Sie die Antwort übersehen haben. Wiederholen Sie Ihre Anfrage.

C. N. 33. 1. Der Miether ist nicht berechtigt, ohne Weiteres die Wohnung zu räumen, weil in dem Hause Prostituirte wohnen. Wenn er letzteres aber weder bei Abschluß des Kontraktes, noch beim Einziehen gewußt hat, und der Wirth auf Aufforderung nicht Abhilfe schafft, so kann er auf Aufhebung des Kontraktes klagen. 2. Daß der Wirth früher mit Zuchthaus bestraft ist und unter Polizei-Aufsicht steht, giebt dem Miether nicht das Recht, die Wohnung zu räumen.

C. W. Die Frau muß auch in diesem Falle zum Manne zurückkehren. Anderenfalls kann dieser auf Scheidung klagen, und die Frau würde für den schuldigen Theil erklärt werden.

G. S. 500. „Bei“ regiert stets den dritten Fall, es muß also heißen „bei mir“.

Theater.

Donnerstag, den 15. Januar.
Opernhaus. Don Juan.
Schauspielhaus. Das goldene Vließ.
Lesing-Theater. Der Traum ein Leben.
Berliner Theater. Goldfische.
Deutsches Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater. Die Gondoliere.
Wallner-Theater. Zalmi.
Residenz-Theater. Der selige Loup.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sellenkianze-Theater. Mein Freund Lehmann.
Ostend-Theater. Vor Sonnenaufgang.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Thomas-Theater. Drei Paar Schuhe.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress,** Alexanderstraße 27c.
Clara Conrad, Sieder- und Walzer-Sängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Max Menzel, Gesangs- und Musikant.
Mr. Koberstein, Malabarist.
Mc. Lean Brothers, Amerikan. Regier-Excentric.
Gebr. Wilmo, musikalische Clowns.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
50 Pf. und 75 Pf. in Vorverkauf
20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Concert.
Direktion **A. Hödmann.**
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pf.
Sonntag und Feiertags 25 Pf.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von Pagenhofer
Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert
mit Quartett-Sängern,
ausgeführt von dem Musik-Direktor
H. Sanftleben.
Wochentags: **Frei-Concert.**
Sonntags Entree 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 8 Billards,
8 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
708 **F. Sadtke.**

Passage-Panopticum.
100 neue
Gruppen und Figuren.
Spezialitäten-
Vorstellung.
Entree 50 Pfennig.
Geöffnet v. 10 Uhr
Vorn. b. 11 U. Ab.



Kaiser-Panorama.
Passage 1 Cr., v. 9 U. bis 10 U.
Diese Woche: 1. Reise auf der Insel
Rügen. 2. Wanderung d. Rusland.
1. Cycl. Pariser - Weltausstellung.
Gertha-Reise. Eine Reise 20 Pf.,
weid nur 10 Pf., Abom. 1 M.

Wissenschaftl. Bücher
kauft **A. Hannemann,** Kochstr. 56.
Fernsprecher Amt I. 4027.

Circus Renz.

Karlstraße.
Donnerstag, den 15. Januar 1891,
Abends 7 Uhr:
„Japan“, oder: **Die japanischen Frauen des Mikado.** Großes equestrisches Lustspiel. Diverstement nebst einer mimischen Handlung in 2 Abtheilungen. Neu arrangiert und in Szene gesetzt vom Direktor **E. Renz.** Ferner: *Jou de la rose*, ger. von *Frl. Clotilde Hager* u. *Miß Vilde Meers.* *Agat, Fenerpied, dresf.* und *vorges. v. Herrn Franz Renz.* *Bisler, Schulpsied,* ger. von *Herrn Gaberel.* Auftreten der Künstler-Spezialitäten *Mr. J. F. Clarle* u. *Mr. Rodgers.* *Der Cyklos Mr. William* mit seinen 4 dress. Pferden. *Mr. Burnell Willis* als *Jockeyreiter* 1. Ranges. Auftreten der *Reitkünstlerinnen Frls. Ely* und *Gierach.* *Komische Entrees* u. *Intermezjos* v. *sämmtl. Klovns.*
Morgen: „Im dunklen Erdtheil.“
E. Renz, Direktor.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Str.
Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung
mit neuem, vorzüglich gewählttem Programm.
Zum Schluß der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit,
Sensationelle Wasserphantomie.
Spezialität: 4 Wasserbomben.
Morgen Abend: Große Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländliche Hochzeit.
Sonntag, den 18. Januar 1891:
Zwei große Vorstellungen. Nachmittags 3 1/2 Uhr und Abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen: **Circus unter Wasser.**

Castan's Panopticum.
Prof. Dr. R. Koch
in Laboratorium.
Amazonen-Truppe
a. b. Feiernacht des Königs von Japan.
Weihnachts-
Ausstellung.
Jamen-Bapelle.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
v. 9 Uhr Morg. bis 10 Uhr Ab.

Polirte Rohrstühle

kauft man 50 bis 100 pCt. billiger aus erster Hand, als in den Möbelgeschäften an Platte. Ich offerire:
Einfache Rohrstühle a Stück 3.- M.
Bessere Sorten „ „ 3 1/2 „
Runde Wiener Stühle „ „ 4 1/2 „
Gelehnte „ „ 5.- „
H. Rohr-Lehnstühle „ „ 6.- „
Tafelstühle „ „ 7.- „
Sämmtliche Stühle sind solid und dauerhaft gearbeitet. Versandt nur gegen Nachnahme. Verpackung wird nicht berechnet. Illustrierte Preisverzeichnisse franko.
18 J

Reinhard Rossleben,

Poliermeister,
Hilmsdorf bei Geringwalde i. S.

Nochtabal A. Goldschmidt,
Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantiert
sicher brennende Cakabe.
Strenge reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämmtliche im Handel
befindl. Nochtabale sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
am Lake'schen Markt. 746

Kinderwagen
Das gr. Lager Berlins
Andreassr. 23, S. P.

Dem Genossen **H. Lorenz** zum
heut. Wiegenfeste ein donnerndes Hoch!
48 J. Die Rothen Glieder.

Unserm Kollegen **E. Riese** zu seinem
41. Wiegenfeste ein donnerndes Hoch,
daß alle Regale frachen!
70 J. **G. S. P. G.**

Todes-Anzeige. 49 L.
Allen Freunden und Genossen die
traurige Mittheilung, daß meine Frau
Wilhelmine Göttcher am 13. Jan.,
Nachmittags 1 Uhr, verstorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, Nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle
des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
Franz Göttcher und **Kinder.**

Danksagung.
Für die Theilnahme bei der Beerdi-
gung meines lieben Mannes sage ich
allen Freunden und Genossen, sowie
dem Fachverein meinen herzlichsten Dank.
71 4 **Marie Theis.**

Jach. d. Bürsten- und Pinsel-
macher Berlins und Umgeg.
Sonntag, den 18. Januar, Vormitt.
10 Uhr, b. **Fensterstein, Alte Jakobstr. 75,**
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag. Referent **Herr Julius Türk.**
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um recht pünktliches und zahlreiches
Erscheinen bittet
120 **Der Vorstand.**

Jahrgänge von sozialdemo-
kraftischen Plättchen und Pro-
schüren sozialdemokr. Richtung
aus der Zeit vor dem Sozialisten-
gesetz werden zu kaufen gesucht.
Offert. Offerten sub **J. K. 5774** an
Rudolf Mosse, Berlin SW. M

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Zahlung nach Uebereinkunft.

Achtung! Empfehle allen Ge-
nossen mein **Bürsten- und Pinsel-**
Geschäft. A. Leue, Bürstenmacher,
Roststraße 16. 102

Roh-Tabak sämtlicher
Sorten.
Größte Auswahl, billigste Preise.
G. Elkhuyzen, Münstr 10.

Platinabfall zu den höchst. Preisen,
verbraachte Glühlamp.,
alte Seel pro 100 St. 16 Mark kauft
Robert Linke, Nr. 25, Berlin.
Neue Hochstraße

Zwei Arbeiter-Gesangsvereine üben
zusammen, dadurch hat der betreffende
Gesanglehrer Montag frei. Abt.
nimmt die Exp. unter P. entg. 189 J

Arbeitsmarkt.

Grüße Mamsells a. Regen-Paletols
verl. **Kallisch, Wienerstr. 62, 3 Tr. 1.**
30 Schuhmacher a. Rand u. genag.
verl. **Jacobowetz, Oranienstraße 156.**
Ein tücht. Lederarbeiter a. Rahmen-
arbeit geübt, kann dauernde Beschäfti-
gung erhalten. Adr. **P. Schlobner & Co.,**
31 Barbican, London. 12 M

Einen Bügler
auf Damenmäntel verl. 72 J
Schulz, Waldemarstr. 62, 3 Tr.

Einem schristkundigen, vom „Vor-
wärts“ empfohlenen Sozialisten aus
dem Arbeiterstande kann für einige
Monate ein Nebenverdienst bis hundert
Mark monatlich nachgewiesen werden.
Offerten unter **R. R.** und Beifügung
der Empfehlung bef. die Exp. d. Zig. 168 J

Achtung, Bildhauer!

Die Arbeitslosen-Versammlung bei **Kessner,** Ammen-
straße 16, findet nicht am Abend, sondern
Vormittags 10 Uhr, statt.

Achtung, Former!

Da ich zu der öffentlichen Versammlung keinen Saal
bekommen konnte, so findet dieselbe erst am **Sonntag, den**
25. Januar, in Gratweil's Bierhallen, statt.
154 **J. A.: Steinmetz.**

Bildhauer!

Öffentliche Versammlung d. Bildhauer und deren Angehörigen
am **Sonntag, den 18. Januar, Abends 7 Uhr,**
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn **Türk** über Frauenbewegung.
Siehe auch Annonce zum Sonnabend in d. Bl.
117 **Der Einberufer.**

Sanitäts-Verein für Arbeiter beiderlei Geschlechts (G. S. 85).

General-Versammlung
am **Sonntag, den 25. Januar, Nachm. 4 Uhr, Alte Jakobstraße 75.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Jahresbericht des Kassiers. 3. Bericht
des Ausschusses. 4. Festsetzung der Entschädigung für die Verwaltung. 5. Wahl
des Vorstandes und des Ausschusses. — Mitgliedsbuch legitimirt.
260 **Der Vorstand. J. A.: B. Sundt.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für Charlottenburg.

Donnerstag, den 15. d. M., Abds. 8 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
in **Bismarckhöhe, Wilmersdorfer-Strasse No. 39.**
Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Neue
Mitglieder werden aufgenommen.
842 **Der Vorstand.**

Am **15. ds. Mts.** beginnen wir mit dem Ausstoß unseres
berühmten
Bock-Bieres
und halten dasselbe den Herren Restaurateuren und Bierverlegern in
Gebinden bestens empfohlen.
An Private geben wir unsere Biere weder in Flaschen
noch in Gebinden ab.
Münchener Brauhaus, Act.-Ges.,
Berlin, N., Johannstraße 18/19.

Verlag des „Berliner Volksblatt“
Berlin SW., Beuthstraße 3.

In unserem Verlage erschien soeben:

Die Invaliditäts- und Alters-

Versicherung
nach dem Reichsgesetz vom 22./6. 1889 übersichtlich
dargestellt.

Mit ausführlichem Sachregister. ca. 4 Bogen 8°.
Preis 20 Pfennige.

Das vorliegende Handbuch ist bestimmt, allen an der Alters- und
Invaliditäts-Versicherung Beteiligten ein zuverlässiger und unentbehr-
licher Rathgeber in allen dabei in Frage kommenden Verhältnissen
zu sein. Es ist kein bloßer Kommentar des Gesetzes, sondern eine
klare, übersichtliche, gemeinverständliche Darstellung, wie sie allein bei
der Komplexität desselben den Laien von Nutzen sein kann. Ein
erschöpfendes Sachregister ermöglicht schnellste und zuverlässigste
Orientirung.

**Vereinen und Wiederverkäufern beim Bezuge
von Partien Rabatt.**

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen,
Eingebung von Forderungen. 38 J
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, II.
Auch Sonn- u. Feiertags geöffnet.

Zwei Vereinszimmer mit Pianinos
von 20-60 Personen sind zu vergeben.
J. Jezierski, Zimmerstr. 37.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10
Das Rechts-Bureau
eines k. preuß. Amtsrichters a. R.
Alte Jakobstraße 102, II.
ertheilt Rath u. Hilfe in allen Bürger-
legenheiten. Für Anhemitt. unentgeltlich.
Schlafst. f. e. Wäch. f. gl. od. s. erleg.
Reichenbergerstr. 141, Cg. 3 Tr. Westf.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 12.

Donnerstag, den 15. Januar 1891.

S. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Caprivi, von Büttcher, von Marschall, von Heyden.

Die erste Verathung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurfes wegen Aufhebung der landwirthschaftlichen Zölle wird fortgesetzt. In Verbindung damit wird der Antrag der freisinnigen Partei wegen Ermäßigung bzw. Reform des Zolltarifs und der Verbrauchssteuern beraten.

Abg. Brömel (Df.): Die Lage scheint mir doch eine andere geworden zu sein. Während früher immer nur von der Noth der Landwirtschaft die Rede war, sprach der Reichskanzler gestern von der Fürsorge für die Volksernährung, wovon man sonst niemals gesprochen hat. Der Reichskanzler rechnete sich die Erleichterung der Viehsperre als ein Verdienst an, während der Abg. Lutz ihm daraus einen Vorwurf macht. Herr Lutz, der sich als konservativer Musterbauer einführt, rühmt mit einer gewissen Harmlosigkeit die Vertheuerung des Getreides durch den Zoll, woraus die Bauern Nutzen ziehen, während Herrn von Schallha die vertheuernde Wirkung des Zolles überhaupt leugnet. Herr Lutz und Herr Bühl freuen sich, daß die Bauern durch die Getreidezölle mehr Geld in die Tasche bekommen. Diesen Agrariern gegenüber sind ja die Kommunisten noch bescheidene Leute. (Heiterkeit.) Die Kommunisten verlangen nur, was sie nothwendig brauchen, aber sie wollen jedem Anderen dasselbe gönnen, während die kleinen Agrarien den Vortheil aus den Getreidezöllen, den sie nicht gerade zur Befriedigung ihrer unentbehrlichen Bedürfnisse brauchen, auf Kosten der armen Leute behalten wollen. Bei der Vertheuerung der unentbehrlichen Lebensmittel darf man nicht vergessen, daß diese eine Kopfsteuer ist, die progressiv nach unten wirkt. Wenn die Sozialdemokraten die Interessengesetzgebung des gegenwärtigen Staates beweisen wollen, so dürfen sie nur auf die Ausführung des Herrn Lutz hinweisen. Dieser behauptet, daß auch die kleinen Bauern einen Vortheil von den Getreidezöllen haben. Aber das ist durchaus nicht der Fall. Landwirthschaftliche Betriebe mit weniger als fünf Hektar Fläche machen 70 v. H. der sämmtlichen landwirthschaftlichen Betriebe aus und umfassen über 20 Millionen Köpfe, während die größeren landwirthschaftlichen Betriebe, die allein einen Vortheil von den Getreidezöllen haben, nur sechs Millionen Köpfe darstellen. Also ein Viertel der landwirthschaftlichen Bevölkerung wird bevorzugt auf Kosten der übrigen drei Viertel. Herr Bühl hat sich gegen die Herabsetzung der Getreidezölle ausgesprochen. Ich hoffe aber, wenn der Reichskanzler im Interesse des Abschlusses eines Handelsvertrages die Herabsetzung der Getreidezölle empfehlen wird, wird Herr Bühl mit demselben Eifer auch dafür eintreten. Daß die Getreidezölle auch die Landwirtschaft schwer geschädigt haben, beweisen die zahlreichen Petitionen, welche namentlich darauf hinweisen, daß die Getreidezölle namentlich die Viehzucht schwer geschädigt haben, denn es handelt sich ja nicht blos um Weizen und Roggen, sondern auch um Gerste und Hafer. Die Getreidezölle wurden begründet damit, daß der Ertrag der Viehzucht sich vermindert habe; man sprach von 20 M. pro Hektoliter Minderertrag. Wenn die Getreidezölle diesen gesunkenen Werth wieder gehoben haben, so ist das jedenfalls beim Großgrundbesitz in sehr erheblicher Maße der Fall, als beim kleinen Grundbesitz, der kein Getreide verkaufen kann. Die ländliche Bevölkerung, welche gerade so viel Getreide baut, als sie braucht, wird von den Getreidezöllen keinen Vortheil haben, aber die städtische Bevölkerung muß die Last derselben vollständig tragen und den Großgrundbesitzern einen nach Millionen zählenden Tribut entrichten und die städtische Bevölkerung bildet einen immer größeren Bruchtheil der Gesamtbevölkerung, jezt schon beinahe die Hälfte derselben. Dieser Antrag will die Interessenpolitik nach allen Richtungen hin belämpfen, deshalb sind alle Fragen herangezogen, welche in Betracht kommen können. Das Ende des Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Verfalls, ist von hoher Stelle kürzlich gesagt worden, und Herr Bühl wird nicht die Fortschritte leugnen, welche die Technik in Bezug auf die Verbesserung und Erleichterung des Verkehrs gemacht hat. Aber sobald diese Fortschritte dazu dienen, daß den deutschen Broteffern billiges Getreide verschafft wird, dann sagt Herr Bühl: Apago! Diese Schutzpolitik steht in schneidendem Gegensatz zu den Bestrebungen nach Verbesserung der Lage der Arbeiter; nur durch die Beseitigung der Zölle wird der innere Frieden wiederhergestellt werden und wird es möglich sein, anderen Staaten wieder wirthschaftlich näher zu rücken. (Beifall links.)

Abg. Venschner (Reichsp.): In Frankreich hat man ebenso hohe Getreidezölle wie bei uns, ohne daß auch nur dieses Thema einen Gegenstand, um die öffentliche Meinung aufzuheizen und zu beunruhigen; und dabei hat noch keiner von den Gegnern der Getreidezölle den Beweis beibringen können, daß die Arbeiter geschädigt worden sind. Die Zölle haben keinen Einfluß auf die Getreidepreise, welche vielmehr von der Börse allein gemacht werden. Die Getreidepreise sind vor den Zöllen höher gewesen als jezt. Die Arbeiter zahlten zuverlässigen Nachweisungen zur Folge von den Zöllen für Schwarzbrot 26, für Weißbrot 24 Pf. für das Kilo, unter den Getreidezöllen kostete das Schwarzbrot 21, das Weißbrot 21 Pf. das Kilo. Es kommt nicht auf billiges Brot an, sondern darauf, daß die Arbeiter Arbeitsgelegenheit haben. Wenn das Brot immer billiger würde, dann würde schließlich der Körnerbau aufhören und die landwirthschaftlichen Arbeiter würden hungernd im Lande umherlaufen (Heiterkeit) und wenn das Getreide aus dem Auslande ausbleibt, dann müssen wir Alle verhungern. Alle Produkte, die wir im eigenen Lande herstellen können, müssen wir durch unsere eigenen Arbeiter, die ein Recht auf Arbeit im Lande haben, erzeugen und nicht in der Fremde billig kaufen. Ohne eine Regelung unserer Währungsverhältnisse werden wir die russische Konkurrenz nicht bestehen können. Nur der falsche Doltrinarismus hält an der Goldwährung fest. Schaffen Sie (nach links deutend) die Goldwährung ab, dann werden Sie den ersten Schritt zur Abschaffung der Zölle so verhalten Getreidezölle getan haben. Wir müssen die Arbeiter überzeugen, wer es am besten mit ihnen meint, diejenigen, welche ihnen billiges Brot versprechen, oder diejenigen, welche ihre Arbeitsgelegenheit vernichten wollen. Wenn an eine Revision des Zolltarifs gegangen wird, dann wird der Vorschlag der Getreidezölle die Zölle folgen und dann wird die deutsche Eisenindustrie von der englischen überflügelt werden. Deshalb liegt es gerade im Interesse unserer Arbeiter, daß die Schutzpolitik unter allen Umständen aufrecht erhalten wird. Daß die Steuerlast eine so große sei, kann nicht behauptet werden; wenn man die anderen Staaten in Vergleich stellt, so zahlen wir sehr viel weniger Steuern als in allen anderen Staaten gezahlt wird. Unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn wollen wir in jeder Weise fördern, aber wir glauben nicht, daß dies geschähen kann auf wirthschaftlichem Boden, indem wir unsere Zölle preisgeben. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Der Reichstag hat in der letzten Session große sozialpolitische Beschlüsse gefaßt, welche den Arbeitgebern große, kolossale Opfer auferlegten. Diese Opfer tragen wir gern,

aber wenn plötzlich einseitig die Schutzölle aufgehoben werden, so wird die Industrie und Landwirtschaft diese Lasten nicht tragen können.

Abg. von Kardorff (Df.): Es ist merkwürdig, daß der Ansturm gegen die Zollgesetzgebung ausgeht von zwei Seiten, die sich einander als die schärfsten Gegner betrachten, die aber in diesen Fragen immer zusammen operiren. (Sehr richtig! links.) Es ist bei dieser Zollfrage immer von den Preisdifferenzen die Rede gewesen, als wenn die Preisnotirungen in der Nähe der Grenzen und beim Zollübergang maßgebend wären für die Preise des ganzen Landes. Auf Zahlen kommt es dabei gar nicht an, sondern allein auf das richtige Denken und da muß ich sagen: die Zölle haben als Schranken gegen die übermäßige preisdrückende Einfuhr sich gut bewährt und die Preise sind nicht höher geworden als vor den Zöllen. Die Stellung des inländischen Angebots wird durch die Zölle gestärkt, und wenn das Ausland kein Getreide los werden will, so muß es dasselbe um den Zoll billiger verkaufen, d. h. in klarer Sprache: das Ausland trägt den Zoll. Wenn der Zoll nicht da wäre, würde der Konsum sich nicht an die kleinen Produzenten wenden, sondern immer nur den großen Markt aufsuchen. Ich frage mich, daß Herr Lutz hier namens unserer kleinen Produzenten so warm für die Getreidezölle eingetreten ist. So lange man es nicht ändern kann, daß das Getreide bei uns und zugleich in Ländern mit kesslerem feuchtem Klima und billigeren Arbeitskräften gebaut wird, so lange wird man auch die Zölle nicht beseitigen können, welche nur eine Nothwehr gegen die übermäßige Konkurrenz sind. Es ist von der Politik des Fürsten Bismarck gesprochen worden und ich muß es wiederholen, daß es ein großes Verdienst des Fürsten Bismarck ist, der Schutzpolitik zur Anerkennung verholfen zu haben. Ich kann es deshalb nicht billigen, wenn hier in roher banaler Weise über die Politik des Fürsten Bismarck gesprochen worden ist. (Große Unruhe links. Zuruf: Ist „roh“ parlamentarisch?) Nicht bloß die Großgrundbesitzer, sondern auch die kleinen Besitzer haben ein Interesse an den Getreidezöllen, ja sogar die ländlichen Arbeiter, welche einen Theil ihres Lohnes in Naturalien erhalten, die sie zum Theil verkaufen. Die Naturalilöhne haben einen großen sozialen Werth. Der Landwirth, der zu reinem Geldlohn übergeht, begeht eine große Thorheit; dadurch wird die Unzufriedenheit der Arbeiter geschürt; das muß ich ausdrücklich hervorheben angesichts des Umstandes, daß die Sozialdemokratien mit ihrer Agitation auf das platte Land gehen wollen. Das ist das Beginn nicht einer sozialen Reform, sondern einer sozialen Revolution. (Sehr richtig! rechts.) Ich frage mich der geistigen Erklärungen des Reichskanzlers, daß wir die Pflicht haben, für die Entwicklung derjenigen wirthschaftlichen Erwerbszweige zu sorgen, die für die Erhaltung des Staates von großer Bedeutung sind, wie in erster Linie die Landwirtschaft. (Zustimmung rechts.) Die Volksernährung hat leider wieder ergeben, daß die Landbevölkerung im Rückgang begriffen ist. Aber wo wachsen denn unsere Soldaten? Sie wachsen auf dem Lande. (Zustimmung rechts.) Ich erkläre es für eine Kleinigkeit, daß wir das uns fehlende Getreide im Inlande produziren. (Zuruf links: Warum machen Sie es denn nicht?) Es wird gesprochen von dem Tribut, welchen die Arbeiter an die Großgrundbesitzer entrichten müssen. Davon kann gar keine Rede sein, und wenn ein solcher Tribut entrichtet würde, so darf man nicht vergessen, daß das, was die Landwirtschaft leistet, viel mehr ist, als was die gesammte Industrie für den Export leistet. Die Industrie hat Vortheil gehabt von dem Zustrom der ländlichen Arbeiter; der Arbeitermangel ist für die Landwirtschaft fast noch drückender gewesen, als die niedrigen Preise. (Zustimmung rechts.) Wollen Sie die Arbeiterverhältnisse auf dem Lande bessern, dann rütteln Sie nicht an den Getreidezöllen. Das ist nicht bloß ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch der Klugheit. Man sollte nicht vergessen, daß die landwirthschaftlichen und industriellen Schutzölle auf demselben Boden gewachsen sind. Wenn die landwirthschaftlichen Zölle fallen, dann folgen die anderen bald hinterher. (Zustimmung rechts.) Gerade die Lage nach außen erfordert es, daß wir jezt zu einem Abschluß der Verhandlungen kommen; lassen Sie uns konstatiren, daß in diesem Reichstage sich eine Mehrheit für die Abschaffung der Getreidezölle nicht findet. (Beifall rechts und im Centrum.)

Präsident v. Levetzow: Der Redner hat in Bezug auf Aeußerungen eines Abgeordneten in der geistigen Sitzung die Worte „roh und banal“ gebraucht. Diese Worte sind unparlamentarisch; ich rufe Herrn v. Kardorff deshalb zur Ordnung.

Abg. v. Hornstein (Wid): Die Sozialdemokraten wollen die Bauern für sich gewinnen, und da sie die reichen selbständigen Bauern nicht gewinnen können, so muß der Bauernstand erst verarmen. Die Herren sind ja sehr offen. Sie haben erklärt, daß zur Durchföhrung des Sozialismus die Beseitigung der Zernwirthschaften auch in der Landwirtschaft notwendig ist. Wenn die Regierung die Zölle ermäßigt, dann treibt sie die Geschäfte der Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts.) Ebenso wenig ist daran zu denken, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises gestattet werden kann. Ganz Süd- und Westdeutschland steht wie ein Mann zusammen und würde lieber den Freihandel annehmen als die Beseitigung des Identitätsnachweises gutheißen. Ebenso wenig kann im Interesse unseres Viehstandes von der Viehsperre abgegangen werden, die auch gar nicht eine so große Steigerung der Fleischnpreise hervorgerufen hat. Periodisch sind die Fleischnpreise immer gestiegen, nachdem sie infolge eines futterarmen Jahres niedriger waren, weil die Landwirthe ihren Viehstand um jeden Preis vermindern mußten. Uebrigens haben andere große Staaten, z. B. England, seit Jahren die Viehsperre und halten dadurch ihre Viehstände feuchtfrei. Ich hoffe, daß der Reichstag die Anträge ablehnen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Stolle (Soj.): Bei der Einleitung der Aera der Schutzpolitik 1879 wollte man keine Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel, sondern nur einen Schutz für die Landwirtschaft und die nationale Industrie und verlangte einen ganz mäßigen Zoll für landwirthschaftliche Produkte. Aber wie der Appetit beim Essen kommt, so kam er den Agrariern bei den Zöllen. Jahr für Jahr wurde das Lied von der nothleidenden Landwirtschaft in allen Tonarten gefungen, auch gestern wieder, und daher überkommt mich eine ganz weiche Stimmung. Nach der Anknüpfung des Herrn v. Caprivi, daß die Regierung geneigt sei, Handelsverträge anzuknüpfen, scheint aber die Regierung andere Wege einschlagen zu wollen. Fürst Bismarck sagte einmal: der Weg der Handelsverträge ist unter Umständen ein günstiger, es fragt sich nur bei jedem Verträge, wer der Ueber-vorthelle ist, und man kommt erst nach einer Anzahl von Jahren dahinter, wer dies eigentlich ist. Ich frage mich, daß der jeztige Reichskanzler nicht auf den Standpunkt steht, daß er glaubt, er würde von Jemand dapiet werden. Was ist von den Bestrebungen der Agrarien in den Jahren 1879, 82, 85, 87 wahr geworden? Die Preisvertheuerung wird geleugnet. Ein klassischer Zeuge dafür ist aber die königlich sächsische Regierung, die im vorigen Jahre im Etat 1 162 000 M. transtitorisch zur Unterstüfung der unteren Beamtenklassen forderte, und dies mit der Preissteigerung begründete, welche, wenn sie anhielte, die Frage nahelege, ob nicht eine Neuregelung der Beamtengehälter vorzunehmen sei. Wie kann man gegenüber dieser Vorlage die Preissteigerung leugnen? Was nügt Ihnen denn die ganze Zollpolitik, wenn keine Vertheuerung

der landwirthschaftlichen Produkte eingetreten ist? Niemand wird behaupten, daß heute die Preisverhältnisse genau so liegen, wie vor zehn Jahren. Nach der vorjährigen Bebel'schen Statistik über die Brotpreise kostet das sechspfündige Brot diesseits der böhmischen Grenze 70, jenseits 60 Pf. Das ist ein bedeutender Anschlag für die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters. Herr Venschner sagt, daß sei gleichgültig, wenn der Arbeiter nur so viel verdiene, um das Brot bezahlen zu können. Es wurde immer gesagt: „Seht nur die Landwirthe in die Lage, bessere Löhne zahlen zu können, so wird die Landwirtschaft ein bedeutender Konsument für die Industrie werden.“ Allerdings ist nichts besser, als wenn Landwirtschaft und Industrie Hand in Hand gehen. Aber das Gegentheil ist eingetreten, die Großgrundbesitzer haben den Vortheil, die Industrie ist geschädigt. Nach dem Bericht der Handels- und Gewerbekammer in Chemnitz aus dem vorigen Jahre sind die Löhne in der Hausindustrie auf 10 M. für manche Arbeiter sogar auf 6-8 M. wöchentlich herabgesunken. Die Handwerker im sächsischen Erzgebirge verdienen nur 6-7 M. wöchentlich. (Hört, hört! links.) Wie können Sie da die Storn haben, zu behaupten, diese Wirthschaftspolitik habe dem Arbeiter Nutzen und größeren Lohn gebracht! (Sehr wahr! links.) Aber löst den Wechsel, den Sie 1879 und später an die deutsche Arbeiterwelt durch die Erhöhung der Zölle ausgeföhrt haben, jezt ein? Da müssen die Arbeiter sich jezt zu Streiks zusammenschließen. Als im vorigen Jahre 100 000 Bergleute streikten, wo waren da die Herren, die für ihre Forderungen eintreten? Sie sehen es am liebsten, wenn die Plinte schießt und der Säbel haut. (Sehr richtig! links.) Die lezten Wahlen sind Beweis genug, daß die Arbeiter mit Ihnen abgerechnet haben. Und hätten wir heute Wahlen, so lämen noch weniger Schutzöllner her. Die Löhne in den landwirthschaftlichen Betrieben sind auch nicht besser geworden. Im Königreich Sachsen ist der Tagelohn für die Arbeitervertheuerung durch durchschnittlich 1,40 M. festgesetzt. Hat sich also der Lohn seit 10 Jahren auch nur um einen Groschen erhöht? Für männliche Personen ist der Jahres-Arbeitsverdienst auf 300 M. einschließlich Naturalleistungen festgesetzt. Herr von Kardorff meint, die Gutbesitzer hängen von dem Gerede ab und wären froh, wenn sie Arbeiter bekämen. Ich behaupte, es ist kein Arbeitermangel auf dem Lande zu verzeichnen. (Lachen rechts.) Wo gute Löhne bezahlt werden, erhält der Landwirth trotz dem großen Juge nach den Städten noch gute Dienstboten und Arbeiter. Sind 800 M. genügend, um als Mensch existiren zu können? Bei der Berechnung der Naturalbezüge werden 4,50 M. wöchentlich für Kost angerechnet, obwohl es sechsmal nur Kartoffeln giebt, 60 M. jährlich für Heizung, obwohl kein Scheit Holz in den Ofen kommt, 80 Mark für Wohnung des Knechts und die befindet sich oft im Pferde-stalle oder auf dem Heuboden. Bei solcher Berechnung könnte man leicht auf 6-800 Mark pro Jahr kommen. Trotz dieser schlechten amtlich konstatirten Löhne in Sachsen ist der Zubragn aus den anderen deutschen Bundesstaaten dorthin so stark, daß 500 000 Nachtjachen in Sachsen angewandt sind. Liegt dies etwa an den vorzüglichen rechtlichen Verhältnissen, daß man sich dort so frei bewegen kann, oder an dem sächsischen Wälmchenkauffe? (Heiterkeit.) Nein, die Löhne sind immer noch besser als in anderen Staaten. Wenn Ihnen die Getreidezölle genügt haben, sind Sie Schuld, daß Sie nicht bessere Löhne zahlen. Warum gehen die Leute von Ihnen fort? In Obereschlesien wurde ein Knecht mit der geringsten Strafe von einem Tage Haft bestraft, weil er für seine Mutter Kohlen stahl, da er sie eben nicht kaufen konnte. (Hört, hört!) Wie brauchen garnicht auf dem Lande agitatorisch zu wirken, das bewirkt Ihre Schutzpolitik. Brechen Sie nicht mit diesem System, so können Sie niemals gegen die Sozialdemokratie ankämpfen. Ich bewirthe-schafte selbst seit länger als zehn Jahren ein kleines Grundstück unter 1 Hektar, habe vor zehn Jahren, als der Scheffel Getreide 10 M. kostete, ebenso wenig verkaufen können wie jezt, wo er 15 M. kostet. Die Preissteigerung ist also für mich ganz gleichgültig, ebenso für meine Nachbarn, die 4-5 Hektar haben und bei ihrer zahlreichen Familie auch kein Getreide verkaufen können. Die landwirthschaftliche Statistik jezt, daß die kleinen Betriebe den allergrößten Theil der landwirthschaftlichen Betriebe überhaupt ausmachen: 74 pCt. der Betriebe umfassen weniger als 5 Hektar, 44 pCt. weniger als einen Hektar. Alle diese haben nicht einen Pfennig Nutzen von den Getreidezöllen. Der Nutzen ist allein den Rittergutsbesitzern zu Gute gekommen, von denen wie in Sachsen, wo die Verhältnisse noch dem Kleingrundbesitz günstig sind, 1027 haben. In Preußen beträgt die Zahl der Rittergüter aber schon 15 000, von deren Areal ungefähr der vierte Theil mit Körnerfrucht bebaut ist. Welchen Nutzen da von den Zöllen die schlechten Magnaten haben mit ihrem quadratmeilen großen Grundbesitz, können Sie sich denken. Die wirthschaftlichen Vortheile, die den Arbeitern von der Schutzpolitik versprochen worden sind, sind aber gänzlich ausgeblieben. Der Handel ist unter der Herrschaft der Industriezölle vollständig zurückgegangen, und unser Export nach dem Auslande leidet fortwährend. Die Konflikte mit dem Auslande mehren sich, obgleich Fürst Bismarck seiner Zeit erklärte, in keiner Weise ein Prohibitionsystem einföhren zu wollen. Die Berichte der verschiedensten Handelskammern zeigen uns, welcher Niedergang unserer Industrie droht; allein nach dem Krefelder Bericht sind im lezten Jahre für 9 Millionen Mark weniger Seiden-waaren exportirt worden. In Sachsen ist durch die amerikanische Tarif-Bill und die Mc. Kinley-Bill dem Export jeder Boden entzogen. Die Arbeiter sind dort heute nur halb beschäftigt und erhalten einen Lohn von 6-7 M., während sie früher 10 bis 12 M. erhielten. Solche Resultate zeigen, daß die 1879 inaugurierte Schutzpolitik vollständig Fiasko gemacht hat. Ich kann es nicht begreifen, wie der Schatzsekretär v. Malchow und der Abg. v. Unruhe-Bomst, die früher ausgesprochene Freihändler waren, sich dem Schutzöllsystem haben angeschlossen können. Auch die „Nationalliberale Korrespondenz“ eiferte im Jahre 1879 noch gegen die Zölle auf Brot und Fleischn. Im Jahre 1890 erkannte die preussische Regierung sehr wohl den gewaltigen Umschwung in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen und trug durch die Gründung des Zollvereins zu einer bedeutenden Hebung von Handel und Industrie bei. Denn die sämmtlichen vertragschließenden Staaten hatten durch die Zusammenfassung die namhaftesten Vortheile. Heute aber nach den umgestalteten Kommunikationsmitteln wird sich auch das Reich nicht mehr gegen die anderen Länder abschließen können. Früher bedurften Waarenzüge von Sachsen nach Berlin denselben Zeitraum, wie heute, wo wir unter der Herrschaft des elektrischen Funkens stehen, Sendungen nach den entferntesten Punkten der Welt. Die Konsequenz der alten Zollvereinspolitik ist heute die Weltwirthschaftspolitik. Nur diese wird dem gesammten Volke zu Gute kommen, und deshalb sollte die Regierung mit der Abschaffung der Zölle nicht zögern.

Abg. Burlein (B.) erklärt sich im Namen seines auf lauter kleinen Landwirthren bestehenden Wahlkreises gegen die Anträge. Wenn durch die Beseitigung der Getreidezölle ein erheblicher Anschlag bei den Einnahmen des Reiches entfällt, dann muß dieser durch Matrif-lorbeiträge gedeckt werden und diese werden in den Einzelstaaten, namentlich in Bayern, von den Landwirthen aufgebracht. Redner bittet die Regierung beim Abschluß des Vertrages mit Oesterreich darauf zu sehen, daß nicht die Interessen der Landwirtschaft geschädigt werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Kanitz (ol.): Ich kann den konsequenten freihänd- rischen Standpunkt verstehen und deshalb begreifen, daß man unser ganzes Heiligthum umwerfen will. Aber der Antrag Richter will nur die Getreidezölle beseitigen und die anderen Schutzzölle bestehen lassen. Warum fängt man denn nicht mit dem Eisen an oder mit den Garnen? Warum macht man nicht Schuhe und Stiefel billiger? (Zuruf links: Wollen wir ja!) Warum haben Sie es dann aber nicht in den Antrag hineingeschrieben. (Zuruf links: Steht ja drin!) Die Herren wissen sehr wohl, daß eine Abschaffung der Industriezölle den Tod unserer Industrie bedeuten würde. (Zustimmung des Reichstags.) Ich widerspreche den Anträgen nicht bloß aus wirtschaftlichen, sondern auch aus finanziellen Gründen. Die Beseitigung sämtlicher landwirtschaftlichen Zölle würde einen Einnahme-Ausfall von 125 Mill. Mark bedeuten, den hauptsächlich die Einzelstaaten tragen müßten in Form erhöhter Kontributionsbeiträge. Alle Zuwendungen aus der lex Haene könnten zum Beispiel in Preußen nicht mehr gemacht werden, man müßte dem die direkten Steuern erhöhen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag Richter verlangt die Beseitigung des Brennerprivilegiums; ich habe keine Brennereien, aber ich weiß, daß in manchen Gegenden ohne Brennereien eine Viehhaltung unmöglich wäre. Wenn man Privilegien beseitigen will, dann muß man das große Geschenk beseitigen, welches den Kohlenbergwerken gemacht wird durch Ausnahmesteuern, welche vollständig den Schutz- zoll ersetzen; daher kommen denn auch die hohen Kurse der Bergwerkspapiere. Nicht die Getreidezölle treiben die Leute aus dem Osten nach dem Westen, sondern die höheren Geldlöhne und das geringe Verständnis für die Naturalölle. Wie schlecht die Lage der Landwirtschaft ist, beweist die Statistik der Zwangsversteigerungen und der Verschuldung des Grundbesitzes. Die Sozialdemo- kraten wollen die jetzigen höheren Löhne aufrecht erhalten und durch die Ermäßigung der Brot- und Fleischpreise den Arbeitern die Möglichkeit geben, etwas mehr auf andere Bedürfnisse zu verwenden; die Industriellen wollen eine Ermäßigung der Löhne herbeiführen dadurch, daß Fleisch- und Brotpreise ermäßigt werden. Dazwischen besteht ein großer Widerspruch. Der Frei- händler Adam Smith sagt, der heimische Markt ist der beste Markt; deshalb entweder Schutz Zoll oder Freihandel, einen Mittel- weg giebt es nicht. (Beifall rechts.)

Am 6 1/4 Uhr wird die weitere Beratung bis Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Lokales.

Ein neues Mittel, sich die Willfährigkeit ihrer Arbeiter zu sichern, wird in der bekannten „Baugewerks-Ztg.“ des Herrn Felisch vorgeschlagen. Freilich ist das Mittel von der Art, daß selbst Herr Felisch seine Feder nicht direkt dazu hergibt und ver- dacht zu sein wünscht, daß das Mittel als von ihm ausgehend erkannt wird. Vielmehr hat dies neueste wirtschaftliche Rezept nur die bescheldene Form eines „Eingefandts“ und die Unter- schrift A. P. S. erhalten. Wir begreifen ja, daß selbst Herr Felisch persönlich und als Redakteur nicht unmittelbar mit dieser Sache zu thun haben will.

Das famose „Eingefandt“ lautet:
Als bestbewährten Schutz der Arbeitgeber gegen die Streiks der Arbeitnehmer habe ich in vergangenen Jahre folgendes Mittel angewandt: Beim Beginn der Bauarbeiten habe ich mit jedem Arbeiter einen Vertrag abgeschlossen und von jedem der Arbeiter eine Kaution von 5, 8, 150 M., entsprechend der Lohnhöhe des betreffenden Arbeiters, erhoben. In dem Vertrage war festgesetzt, daß Jeder, welcher die Arbeit ohne Kündigung bezog, ohne meine Erlaubnis in den ersten 15 Wochen der Baukampagne verließ, die Kaution verlor. Bei der ersten Ausstands- bewegung verließ ein Arbeiter die Arbeit ohne Kündigung und klagte seinen Kautionsbetrag ein, wurde aber mit seiner Klage abgewiesen. Die anderen Arbeiter blieben dann ruhig bei der Arbeit und ich war auf diese Weise gegen die Streikgelüste meiner Leute geschützt. Ich em- pfehle daher allen Kollegen dieses Verfahren. A. P. S.
Der gefährliche Einfander scheint noch nicht zu der Erkenntnis durchgedrungen zu sein, daß solche Bestimmung oder Verein- barung ganz einfach eine Lohnüberabhebung ist, die sich die Maurer und Bauarbeiter in ihrer Gesamtheit wohl kaum ge- fallen lassen werden, und die wahrscheinlich, wenn sie einmal in größerem Umfange eingeführt oder auch nur einzuführen ver- sucht werden sollte, sofort den Erfolg haben würde, den sie gerade vermeiden will, nämlich den Streik. Im Uebrigen unterschätzt der Herr Einfander denn doch gewaltig die elementare Kraft, mit der die Bauarbeiter-Ausstände in Berlin bisher noch immer in Szene gegangen sind. Da fragt der Einzelne den Zweifel nach 5 M. oder 8 M. oder 1 M. 50 Pf. Nur in dem profitwähigen Unter- nehmergeheimnis ist solcher Eigennutz die oberste und mächtigste Triebfeder. Der höhere sittliche Standpunkt des modernen Unter- nehmers wird durch dieses „Eingefandt“ genügend gekenn- zeichnet. Während das Verfahren der Arbeiter darauf gerichtet ist, Vortheile für die Gesamtheit der Berufsgenossen zu er- zeichnen, sucht jeder Unternehmer nur seinen Säckel zu füllen. Bei dieser Verschiedenheit der sittlichen Begriffe wird allerdings die Rederei von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit immer überflüssiger.

In der **Nachricht**, daß Geh. Rath Prof. Koch die **Zu- sammenziehung seines Mittels** gegen Tuberkulose in den nächsten Tagen bekannt geben werden, ist die „Börsen-Ztg.“ in der Lage, einschneidend zu bemerken, daß Koch allerdings die Be- standtheile des Mittels so weit der Öffentlichkeit übergeben werde, als erforderlich ist, um dem Mittel den Charakter eines Geheimmittels zu nehmen. Damit wird den von einigen Seiten geltend gemachten Bedenken, daß man Abstand nehmen müsse, ein Mittel zur Anwendung zu bringen, dessen Zusammensetzung geheim gehalten werde, die Spitze abgebrochen werde. Die zu er- wartenden Enthüllungen werden indes nicht ohne Weiteres jeden Arzt oder jeden Apotheker befähigen, das Mittel selbstständig her- zustellen; bei der eigenthümlichen Art der Vereitung wird solche vielmehr vorab immer noch lediglich durch Koch und seine Leute gesehen können, so daß also praktisch in der Sache vorläufig nichts geändert wird. Namentlich wird die geplante Vereitung einer Staatsanstalt zur Fabrication des Mittels nach wie vor notwendig sein.

Zu dem Kochschen Institut für Infektionskrankheiten ent- nehmen wir dem Glat für 1891/92 folgende näheren Mit- theilungen: Als Einnahme der Krankenabtheilung werden aus Kur- und Verpflegungskosten 70 000 M. in Ansatz gebracht. Für den Direktor des Instituts (Professor Koch) ist ein Gehalt von 20 000 M. angelehrt, für die Vorsteher der wissenschaftlichen und der Krankenabtheilung durchschnittlich je 6 000 M., zur Remuneration von vier Assistenten und drei Unterärzten 7 650 M., zur Remuneration von wissenschaftlichen Hilfskräften 10 000 M., zur wissenschaftlichen Untersuchungen 50 000 M., ferner an Einnahmen für 36 Krankenwärter, Krankenwärterinnen, Institutsdienste 2c. 14 400 M., für Verpflegungskosten 46 296 M., für Medizin 12 000 M. Insgesamt sind die Ausgaben des Instituts auf 293 406 M. normirt.

Ueber einen plötzlichen Todesfall nach Einspritzung Koch- scher Lymphe, der nicht verriethen wird, Aufsehen zu machen, theilt eine hiesige Lokalcorrespondenz folgendes mit: An eine unserer ersten ärztlichen Autoritäten ist gestern aus St. Moritz, dem berühmten schweizer Kurort, die telegraphische Meldung hierher gelangt, daß die Gemahlin des Herzogs von Lorkina, des früheren Bürgermeisters von Rom, wenige Stunden nach Erhalten einer Einspritzung von Koch'scher Lymphe gestorben ist. Die Herzogin war seit etwa zwei Jahren schwindsüchtig. In Verhoff hatte sie sich nach dem genannten Kurort begeben und dort sollte

der Heilungsprozess jetzt durch Kochin, daß sich der Herzog bei seinen großen Verbindungen in Berlin zu verschaffen genähert, unterstützt werden. Wie der telegraphisch gemeldete Ausgang beweist, ist jedoch die Katastrophe durch die Einspritzung nur in beschleunigter Weise beschleunigt worden. Der durch das zweiwöchige Leiden angegriffene Organismus der Herzogin besaß nicht mehr die nöthige Widerstandsfähigkeit, um die nächsten Folgen der Einspritzung noch überwinden zu können.

Am Mühlengraben ist man gegenwärtig damit beschäftigt, zwei mächtige Spantbögen an den Grundmauern der beiden großen Mühlengänge aufzuführen, was im Interesse der Sicherheit der Bauwerke notwendig erschien, nachdem durch die Wasser- Tiefbauten die Grundmauern fast blosgelegt werden mußten. Schutz des inneren Anbaus der beiden Mühlengänge wird demnach ein Ausschreiben ergeben.

Von dem vorgestern Abend gegen 6 Uhr von Westend abge- lassene Stadtbahn-Zuge ist bei der Einfahrt auf Bahnhof Zannowibridge ein Wagen infolge Radbruchs entgleist. Die folgenden Züge erlitten dadurch bedeutende Verspätung, doch war um 7 1/4 Uhr der Verkehr wieder planmäßig hergestellt. Verletzt ist Niemand worden.

Ein brennender Weihnachtsbaum wurde vor gestern in der siebenten Abendstunde in der Dessauerstraße 19 Veranlassung zu einer Gasexplosion. In einem im dritten Stockwerk belegenen „Berliner Zimmer“ stand ein Weihnachtsbaum, welcher schon recht trocken war. Feuer und im Augenblick verbreiterte sich dasselbe über die Stube. Nun wollte es der Zufall, daß aus dem un- verschlossenen Hähnen der Gasleitung Gas austrat, so daß bald der Korridor davon erfüllt war. Als dann die Flamme aus der Stube in den Korridor übersprang, erfolgte eine Explo- sion, welche so heftig war, daß die Abschluswand zwischen Korridor und Treppe zum Theil zertrümmert wurde. Die Haus- frau erlitt einige leichte Verletzungen am Gesicht. Die Feuerwehr beseitigte jede Gefahr durch etwa einstündige Arbeit.

Im Circus Reng gab es gestern eine neue Pantomime: Japan oder: Die neidischen Frauen des Mikado. Die neue Pantomime ist um nichts schlechter, als die übrigen Circus-Pan- tomimen. Sie entfaltet die bunte Pracht der Gewänder, der Tänze, der Aufzüge, wie man sie bei Reng'schen Ausstattungsstätten ge- wohnt ist. Alles wird überglänzt vom elektrischen Licht, das durch Blenden in allen Farben des Regenbogens fällt. Wer ein Liebhaber solcher Farben-Symphonien ist, wird betörtigt werden. In ihrem ersten Theil wird der Versuch gemacht, equitischen Klänselern ein größeres Feld, als bisher in der Pantomime, einzuräumen. Dieser Versuch, Abwechslung zu erzielen, ist gewiß zu begrüßen.

Die Lokalkommission für Friedrichsberg und Um- gegend macht bekannt, daß nachstehende Liste ihre Sätze zu allen Arbeiterversammlungen unentgeltlich hergeben:
Geüßlich Weisbach'sche Brauerei, Stralau;
A. Reigel und Voddan, Rummelsburg;
Speihig, Westjahl, Wäcker, Friedrichsberg;
Schwarz, Laus, Lichtenberg;
C. Schiele, Zum Schloß Hohen-Schönhausen;
L. Trinitatis, Rest, Wilhelmshagen, Wilhelmshagen.
Es verweigern noch immer ihre Sätze:
Kantler, Spörer und Neuf, Rummelsburg;
Mecke, Barthold, Manzkowsky, Salzmann, Friedrichsberg;
Zusol und Paul, Friedrichsberg;
Restaurant „Paradies“, Wilhelmshagen.
Wir bitten die Genossen, genau auf diese Liste zu achten.

Polizeibericht. Am 12. d. M. Abend stürzte ein Mann im Hause Kurfürststr. 162 die dunkle Kellertreppe hinab und erlitt eine so bedeutende Verletzung an der Stirn, daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 13. d. M. wurde eine Frau in ihrer Wohnung, Admiralsstr. 22, durch den Qualm einer blinkenden Lampe fast erstickt aufgefunden und, nachdem sie durch den Arzt wieder ins Leben zurückgerufen worden war, nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Am 13. d. M. Vormittags wurde auf dem Hofe des Grundstücks Großbeerstr. 65 die Leiche eines neugeborenen Kindes aufge- funden. — In der Nacht zum 14. d. M. fiel an der Ecke der Hattweilstraße und des Schönberger Ufers der obdachlose Arbeiter Glutich mit einem anderen Manne zusammen, so daß er zur Erde fiel und eine schwere Verletzung an der Stirn erlitt. Nach An- legung eines Nothverbandes wurde er nach der Charite gebracht. — Am 13. d. M. fanden acht kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Der Verein der Berliner Berichterätter hat gegen den Verleger des „Deutschen Blattes“ M. Schwiering, Anzeige wegen verbotenen Nachdrucks erstattet und seitens der Staats- anwaltschaft war auch deshalb gegen den Genannten Anklage erhoben worden. Derselbe gelangte gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Der bezeichnete Verein hatte sämtlichen Berliner Zeitungen die Mittheilung gemacht, daß seitens desselben eine umfassende Organisation getroffen worden sei, um möglichst schnell über alle Vorgänge, welche am 1. Mai sich ereignen könnten, aus allen Stadttheilen zu berichten. Es wurde gleichzeitig den Redaktionen ein „Merkzettel“ zugehändelt, auf welchem angezeigt war, zu welcher Zeit die für die Abendzeitungen bestimmten Berichte aus dem Bureau des Vereins zu beziehen seien. Zu denjenigen Ver- legern, die von diesem Antrieben Gebrauch machten, gehörte auch der Angeklagte. Die Berichterätter machten aber die unlieb- same Erfahrung, daß der Angeklagte am 1. Mai eine Abweichung von der üblichen Erscheinungszeit seines Blattes eintraten ließ. Anstatt daß dasselbe wie die übrigen Abendzeitungen dem Publikum um 4 Uhr zugänglich war, erschienen an diesem Tage schon vor 1 Uhr eine Menge Händler auf den Straßen, welche als „Neues!“ eine besondere Auflage des „Deutschen Blattes“ mit den Berichten des genannten Vereins ausriefen. Hierdurch fanden sich die Berichterätter geschädigt, denn ihre Mittheilungen mußten für die übrigen Abendzeitungen, die erst wie üblich am Nachmittage erschienen, an Werth verlieren. Der Angeklagte erklärte, daß er sich doch keine Vorschriften darüber machen lassen könne, wann sein Blatt erscheinen solle. Der Druck beginne ge- wöhnlich um 1 Uhr, und möge am 1. Mai der großen Auflage wegen wohl eine halbe Stunde eher angefangen worden sein. Zu- nächst wurden die Expediteure in den Vororten bedient und bis sie dort zur Ausgabe gelangten, vergingen innochein einige Stunden. Wenn nun die Voten die ersten gedruckten Exemplare anderweitig verwendet hätten, so habe es außerhalb seiner Macht gelegen, dies zu verhindern. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß der Beschuldigte mit Berechnung gehandelt und sich durch die verfrühte Veröffentlichung des Manuscriptes eines unerlaubten Nachdrucks schuldig gemacht habe. Er be- antwortete gegen denselben eine Geldstrafe von 300 M. Der Gerichts- hof hielt das Verfahren des Angeklagten zwar ebenfalls für straf- bar, erkannte aber aus dem Grunde auf Freisprechung, weil der Dolus nicht nachgewiesen sei. Es könne auch angenommen werden, daß ihm die Verhältnisse über den Kopf gewachsen seien und er dem Ruckturn des nach Nachrichten literarischen Publikums nicht habe widerstehen können.

(Nach Herrn Schwiering's Blatt dürfte sich das Publikum nicht allzusehr gereizt haben.)

Versammlungen.

Massen-Versammlungen Arbeitsloser.

Dienstag Vormittag fanden in den größten Sälen Berlin zwei öffentliche Versammlungen Arbeitsloser statt. Da infolge Vereinbarung mit den betreffenden Wirthen Niemand verpflichtet war, in der Versammlung etwas zu verzeuern und keine Zeller- sammlung veranstaltet wurde — beides war bekannt gegeben — so war selbst der Mittelfeste in die Lage versetzt, hin gehen zu können. Die Tagesordnung lautete in beiden Versammlungen: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise“.

In der einen, welche von ca. 2000 Personen besucht war, sprach im Saale der Bodbrauerei Genosse A. Gerisch. Er führte ungefähr folgendes aus:

Nachdem wir seit zehn Jahren in der Vera der „Sozial- reform“ leben, sehen wir uns gezwungen, wiederum Versammlungen von Arbeitslosen einzuberufen, um die wirtschaftlichen Krisen und ihre Ursachen zu diskutieren. Das ungeheure Heer Arbeitsloser zeigt uns am Besten, wie wichtig diese von der Regierung eingeleitete Sozialreform war und wie wenig durch dieselbe der eigentliche Kern der sozialen Frage berührt wurde. Was wir vor Jahren in sechs großen an einem Tage statt- gefundenen Versammlungen Arbeitsloser diskutiert haben, müssen wir jetzt wieder erörtern. Dies zeigt uns, daß sich unsere Lage keineswegs gebessert, sondern eher verschlechtert hat. Befähigen wir noch die Anschauungsweise unserer Vorfahren, so würden wir die Arbeitslosigkeit als ein Strafgericht betrachten. Dem ist nicht mehr so; das „Strafgericht“ als Erklärung eines wirtschaftlichen oder anderen Uebels ist verschwunden. Der Fortschritt im Wissen hat damit aufgeräumt. Die Zeiten sind andere geworden; heute sind nicht mehr wie in früheren Zeiten die Pest und der Ausfall die größten Schrecken der Menschheit, heute sind es schlechte wirt- schaftliche Auslässe der jetzigen Gesellschaft, vor allem die große Arbeitslosigkeit.

In dem großen Feldzuge, der von allen Seiten gegen die Sozialdemokratie unternommen wird, ist von hoher Stelle die Parole ausgegeben worden, das Volk und vor allem die Kinder aufzuklären über das, was wahr, was wirklich vorhanden und was in der Welt möglich ist. Nun, auch wir beschäftigen uns stets nur mit dem, was wahr, was wirklich und in der Welt möglich ist.

Betrachten wir die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, so sehen wir, daß tausende von kräftigen Männern ohne Beschäfti- gung sind, trotzdem sie gern arbeiten möchten. Sie, welche hier versammelt sind, bilden nur einen kleinen Bruchtheil der ge- sammelten Berliner arbeitslosen Arbeiter. Es ist ein großer Theil, abgesehen von den vollständig indifferenten, deren miserable Lage sie an einen Versammlungsbefuch gar nicht denken läßt. Ich glaube nicht zu hoch zu greifen, wenn ich die zur Zeit in Berlin arbeitslosen Arbeiter auf zirkel siebenzigtausend ab- schätze. Es ist dies wohl eher zu niedrig als wie zu hoch ge- griffen.

Die Weiden der Arbeitslosen sind große, die notwendigen Ausgaben, Nichte, Lebensmittel zc., bleiben dieselben, während die Einnahmen zu fließen aufgehört haben. Dies Elend ist nicht lokal, nicht national, es ist international und erstreckt sich über die gesammte sogenannte Kulturwelt.

So veröffentlichte die Seine-Präfeetur in Paris im November vorigen Jahres folgende Aufstellung der in ihren verschiedenen Dienstzweigen offenen Stellen, sowie die Zahl der hierum sich bewerbenden Kandidaten:

Verlangt wurden:	Angeboten haben sich:
Schreiber	12 Personen, 3128 Personen.
Bureauclavier	4 „ 8314 „
Bei der Reichsbesatzung . . .	5 „ 2443 „
Bei dem Zeitungsverkauf . . .	12 „ 3150 „
In der Armenpflege	9 „ 1001 „
In den Rathhäusern	17 „ 2814 „
Bei der Steuerverwaltung . . .	210 „ 3069 „
In den Tabakbureaus	8 „ 2679 „
Todengräber	6 „ 2823 „
Schuldienner	29 „ 2843 „
Volksschullehrer	42 „ 1847 „
Hoch- und Schullehrerinnen . .	51 „ 7189 „
Straßenlehrer	750 „ 5110 „
Kanalarbeiter	17 „ 750 „

Insgesamt wurden verlangt 906, und angeboten haben sich 41 126 Personen.

Ein anderes Bild!

Frankreich machte vor einigen Tagen ein Nalehen von einer Milliarde, und siehe da, es wurde beinahe das Dreifache angeboten. Betrachtet man sich diese Thatsache, so weiß man, wo die Ursachen für die Noth und das Elend liegen. Das Geld nimmt, als Zirkulationsmittel für den Waarenumsatz, dieselbe Rolle im Gesellschaftskörper ein, wie das Blut im Körper des Menschen. So lange letzteres normal vertheilt ist, ist der Körper gesund; ist dies nicht mehr der Fall, so ist er krank. Ebenso ist es im Gesellschaftskörper. Auf der einen Seite sehen wir die Noth, auf der andern das Anhäufen des Kapitals. Es ist dies ein Zeichen, daß die moderne Gesellschaft durch und durch krank ist. Der Arbeiter erhält nur einen kleinen Bruchtheil dessen, was er schafft, das Uebrige fließt in die Taschen des Unternehmers. Der Arbeiter ist nicht im Stande, die Waaren zurück zu kaufen die er produziert hat. Da nur der größte Theil der Menschheit aus Arbeitern besteht, so häufen sich mit der Zeit die Waaren an und es tritt die sogenannte Krise ein; sie muß mit Nothwendigkeit eintreten.

Je mehr die Produktion vervollkommen wird, je schneller müssen sich die Krisen folgen und je intensiver müssen sie werden. Auch die Länder, welche bisher im großen Maßstabe den so- genannten Industrielländern Industrieprodukte abnahmen, ent- wickeln sich in industrieller Beziehung immer mehr, bis sie im Stande sind, selbst so viel zu produzieren, daß sie nicht mehr nöthig haben, anderen Ländern Konsumartikel zu entnehmen, sondern sogar einen Ueberschuß eigener Produkte dem Weltmarkt anbieten können. Ist die Entwicklung soweit, so ist die Krise in Permanenz od. Eine schöne Aussicht das.

Wir sind jetzt wieder hineingekommen in die Zeit des Krachs, der Krise, wie sie in den siebziger Jahren existierte. Der Hunger und die in diesem Jahre so strenge Kälte haben in allen industriellen Ländern furchtbar gewüthet. Der von Manchmann und andere erzählten uns ja allerdings, daß das eigentliche Elend ganz wo anders herrsche, als wie in Arbeiterkreisen. Unter dem Elend des verschuldeten Grundbesitzes verschwinde alles andere. Nun, die Herren mögen einmal tauschen mit einem reich- und arbeitslosen Menschen; sie werden dann schon anderer Meinung werden.

Als zielbewusste Arbeiter können wir uns der Mission nicht hingeben, als seien durch dies oder jenes Mittel alle Uebelstände der heutigen Gesellschaft zu beseitigen. Wir können Niemandem Versprechungen machen; aber das können wir bestimmt sagen, daß uns die Verbreitung der Aufklärung über die Klassenlage der Arbeiter wesentlich dem Ziele näher bringt.

Und hier über auch die Krisen, so furchtlich sie auch an sich sind, eine nothwendige Wirkung. Für die Tausende und Abere- tausende, die sich, sowie sie einigermaßen Beschäftigung haben, um nichts kümmern, sind die Krisen allerdings Strafgerichte für ihren Indifferentismus. Kommen diese Leute in Noth, dann wissen sie, wo Vereine existieren, aber vorher halten sie es nicht für nöthig, sich einer Organisation anzuschließen. Wir müssen dahin streben, je mehr die Technik eine schnellere Produktion ermöglicht, desto mehr Produkte selbst konsumieren zu können. Dazur dürfen wir aber nicht bloß unter bestimmten Umständen, nein, dafür müssen wir in allen Lebenslagen eintreten.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß uns die Unternehmern im Frühjahr zu der unschuldigen Manifestation, die es noch gegeben, nicht mal einen Tag frei geben wollten und jetzt schon

daß sie, da es ihrem Interesse entspricht, die Arbeiter einfach zu Tausenden auf die Straße setzen, so muß uns dies eigenartig anmuten. In früheren Zeiten waren die Arbeiter, die die Klauenarbeiter, schon durch ihr eigenes Interesse selbst verpflichtet, in alle Zeiten für ihre Sklaven zu sorgen. In der heutigen Gesellschaft können die Arbeiter, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, einfach dem Elend ausgeliefert werden.

Wir unsern Endziel erreichen werden, müssen wir uns das, was in der Welt möglich ist, unter den heutigen Umständen erkämpfen. Vor allen Dingen ist nötig, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben, damit man nicht, wie es heute geschieht, eine Zeit lang bis spät in die Nacht hinein zu arbeiten braucht, um dann mit einem Male der Arbeitslosigkeit, dem größten Elend ausgeliefert zu sein. Die Regelung der Arbeitszeit ist möglich unter den heutigen Verhältnissen; ist sie durchgeführt, dann können wir weiterstreben, unsern Endziel entgegen.

Als allen diesen Erwägungen schließt der Redner der Versammlung die weiter unten mitgetheilte Resolution vor.

Das Bewußtsein, daß die Arbeiter aller Länder den gleichen Kampf kämpfen, fährte uns zur Ueberwindung der Schwere desselben. (Stürmischer Beifall.)

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Wilschke, Hildebrandt, Köhden, Bredo, K. Hoffmann, John, Wollmann, Gasmann, Gätisch, Hoffmann und Nowak. Die Ausführungen sämtlicher Redner wurden mit Beifall aufgenommen. Nach dem Schlusswort des Referenten, in welchem derselbe auf die Ausführungen einzelner Redner näher einging, wurde die vom Referenten, sowie die folgende, vom Genossen Wilschke gestellte Resolution einstimmig angenommen.

1. Die heute in der Brauerei Friedrichshain versammelten Arbeiterlosen Berlins sind sich bewußt, daß sie Opfer der heutigen Wirtschaftsweise sind, und daß die Quelle ihrer Leiden die privatkapitalistische Produktion ist.

Die Versammlung erkennt, daß keines der von den herrschenden Klassen beliebten Palliativmittelchen im Stande ist, die Arbeitslosigkeit mit ihrem schrecklichen Gefolge von Noth zu bannen, sondern daß nur eine energische Arbeiterbewegung diese Geißel des werkschaffenden Volkes bis zu einem gewissen Grade lindern, ihre völlige Beseitigung aber nur durch eine Aenderung der Produktionsform erreicht werden kann. Obgleich fast erliegend unter den Schlägen eines unverwundlichen Elends verschmähend es die Versammelten als zielbewusste Männer dennoch, sich mit der Bitte um Almosen an die Vertreter und Verantwortlichen der herrschenden Gesellschaft zu wenden; wohl aber geloben sie, immerdar für die Prinzipien der Sozialdemokratie, als derjenigen Partei einzutreten, die allein dem arbeitenden Volke Erlösung aus unwürdigen Zuständen bringen wird.

2. Die Versammlung der Arbeiterlosen jeden Berufs beschließt:

I. In Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, in welcher dieselben durch überlange Arbeitszeit ausgebeutet und von Zeit zu Zeit durch die Entwicklung der Technik, der Maschine etc. zu Hunderttausenden der Arbeitslosigkeit ausgeföhrt werden; 2. in Erwägung, daß durch die strenge, langanhaltende Kälte in diesem Winter und durch die angehängten schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse 70 000 Arbeiter aller Branchen in Berlin der Arbeitslosigkeit und der Noth und dem Elend ausgeliefert sind; die städtische Verwaltung aufzufordern, unverzüglich Arbeit in Angriff zu geben:

- a) Straßenreinigung, welche viel zu wünschen übrig läßt.
- b) Sobald es die Witterung zuläßt, ist Bauarbeit in Angriff zu nehmen und weiter auszudehnen.
- c) Die Schuldeputation ist anzuweisen, in den Volksschulen täglich an die Kinder zwei Portionen warmes Essen zu verabfolgen.

Die Versammlung ist der Meinung, daß, wenn die städtische Verwaltung Geld übrig hat zum Straßenausbau beim Einplanen einer Person, für Häftlinge, für Jammern, Schuppen etc., wie als Steuerzahler das Recht haben zu fordern, daß Mittel und Wege gefunden werden, um Noth und Elend zu mildern. Laut und energisch protestirt die heutige Versammlung gegen das Verhalten der städtischen Verwaltung in Betreff der Bewilligung von Geld für flatterhaften Pomp, da die arbeitende Bevölkerung das meiste Geld für den Steuerfaktel zusammenbringt. Das heutige Bureau wird beauftragt, diese Resolution der städtischen Verwaltung zu unterbreiten.

Unter Verschiedenem wurde beschlossen:

Die Versammlung erklärt die Genehmigung zum Verkauf kleiner Portionen sinnigen Fleisches, die einem Unternehmer gegeben wurde, für eine schamvolle Verhöhnung der notleidenden arbeitenden Bevölkerung und fordert ganz entschieden von der Berliner Stadtverwaltung, diese Genehmigung wieder aufzuheben.

Die Versammlung protestirt gegen die Aufnahme der Bestimmungen in die Gewerbegesetz-Novelle, nach welcher Streikleiter mit einem Jahr Gefängnis bestraft werden können, wenn sie sich eines kleinen Vergehens schuldig machen.

Hierauf wurde die Versammlung mit einem stürmischen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Die zweite Versammlung fand in der Brauerei Friedrichshain statt. Dort sprach Wunderruder Wilhelm Werner. Der große Saal war vollständig überfüllt, es mochten über 3000 Personen anwesend sein. Den Vorschlag führte Genosse Aitfin. Der Referent führte in seinem Vortrage etwa folgendes aus:

Der starke Besuch der heutigen Versammlung beweist schon allein, daß die Arbeitslosigkeit eine sehr große ist. Leider können wir nichts weiter heute bieten als Worte, weder können wir den nahenden Hunger stillen noch die Nothleidenden aus ihrer bedrückten Lage herausheben. Bedauerlich ist es, daß so viele Leute herumlaufen, welche gern arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden. Trotzdem fortwährend von dem Recht auf Arbeit gesprochen wird, sieht man doch nicht, daß die Gesetzgebung irgend welche Schritte unternimmt, um es zu verwirklichen. Wenn einmal die Noth auf die höchste Spitze getrieben ist, dann greift man schließlich zu einigen Palliativmittelchen, man führt kleine Aenderungen als angebliche Verbesserungen ein, gewährt Almosen, vielleicht daß man auch eine Verneinerung der Volksklagen beantwortet oder Jemanden, der sich in der bedrückten Lage befindet, wohlwollend an wohlthätige Stiftungen verweist. Wirkliche Abhilfe ist aber auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung nicht möglich zu erreichen, denn die gegenwärtige Noth ist ein Produkt jener Kapitalwirtschaft, welche die Kapitalien in wenige Hände konzentriert. Und das Elend ist derart groß, daß wahrscheinlich mancher Anwesende hinterher zu sich sagen wird: Die hier geschilderten Verhältnisse sind zwar tief traurige, doch mit mir ist es noch weit schlimmer bestellt. Ich erinnere nur daran, wie viele hungernd und frierend, theilweise obdachlos umherirren, wie vielen Familien das letzte überflüssige Besitztum vom Gerichts-vollzieher fortgenommen wird. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Berlin ungeheuer groß, nach oberflächlichen Schätzungen, denn eine Statistik steht uns darüber nicht zur Verfügung, beläuft sich das Heer der Arbeitslosen ungefähr auf 70 000 Personen; von Metallarbeitern z. B. sind 12 000, von Tischlern 6000 ohne Beschäftigung. Wenn die bürgerliche Gesellschaft Einsicht besäße, würde sie schon längst nach Abhilfe des Nothstandes getrachtet haben, damit nicht das Heer der Unzufriedenen über den Kopf wachse. Sie trübten sich jedoch damit, daß gegen Demokraten nur Soldaten helfen, dem Umstande ist es auch nur zuzuschreiben,

daß das stehende Heer fortwährend vermehrt wird, indem sie in diesem ihre ganze Stärke sehen. Deshalb rathe ich auch nicht zu einer öffentlichen Demonstration mit Straßenumzügen.

So lange die bürgerliche Gesellschaft nach freiem Ermessen den Arbeiter ausnutzen kann, kommen wir zu keiner Besserung. Die Bourgeoise sagt zwar stets, an den Krisen sei nur Schuld, daß die Kapitalisten zu fest und todt daliegen, in der That scheint das aber nicht der Fall zu sein, erst kürzlich bei der letzten französischen Anleihe konnte man wahrnehmen, welche kolossale Kapitalien sich im Privatbesitz befinden. Das ist uns ein deutlicher Beweis dafür, wie sich das Kapital zusehends in den Händen Weniger konzentriert, auf der anderen Seite sehen wir die Volksmassen nach Brot und Beschäftigung schreien. Eine Verminderung der Arbeitszeit könnte wohl etwas Besserung herbeiführen, doch dürfte das nicht schrittweise geschehen. Wir müßten, um wirksam zu reformieren, mindestens heute schon eine achtstündige Arbeitszeit einführen, aber nicht darf man mit dem heutigen Staat um fünf Minuten zu fünf Minuten handeln. (Lebhafter Beifall.)

Einem Beweis dafür, wie ungleichmäßig die Kapitalien und der Verdienst verteilt sind, giebt uns ein Blick auf die Dividenden und Tantien der einzelnen Bankgesellschaften. So zahlten 8 Bankinstitute zusammen 10 282 630 M. Tantien und 40 000 000 M. Dividenden, hiervon entfielen beispielsweise auf 4 Direktoren der Diskontogesellschaft je 503 000 M. Tantien für ein Jahr und ähnlich sind auch die Einkommen der Leiter der anderen Banken. Wenn man das Einkommen eines Arbeiters auf 900 M. berechnet, dann können von dem, was einem einzigen Manne zufällt, jährlich 44 Arbeiter leben. Jedemfalls wird damit Jedem das Recht benommen, von einer Nothlage der Industrie zu sprechen. Dagegen kann man mit vollem Recht sagen, daß eine Gesellschaftsordnung, welche solche Gegensätze hervorruft, nicht fähig ist, auf die Dauer zu bestehen. (Lebhafter Beifall.)

Heutigen Tages wird der Arbeiter durch den Hunger und die bittere Noth gezwungen, sich selbst ins eigene Fleisch zu schneiden. Man kann es Niemand verargen, wenn er danach strebt, unter allen Umständen Arbeit zu bekommen, zu jedem nur irgend annehmbaren Preise, gleichgültig ob er damit die Ehre seiner Kollegen ebenfalls mit herunterdrückt. Es ist dann bei ihm Schmalhanz nur noch mehr Mäcchenmeister als sonst. Im Interesse des Kapitals liegt ein Wachsen des Arbeitsangebots, nicht nur das es die Löhne dadurch herabdrücken kann, sondern es kann so auch den Arbeiter zu den selbstmörderischsten Verpflichtungen zwingen, so z. B. dazu, daß derselbe keinem Verein zur Wahrung seiner Interessen angehören darf, wie wir das hier in Berlin bei dem Arbeiterausschuß der Eisenindustriellen finden. Im eigensten Interesse eines jeden Arbeiters liegt es, sich einer Arbeiterorganisation anzuschließen und die Anwesenden mögen nicht aufpassen, so weit sie das bis heute nicht getan haben, nachdem es ihnen gelungen ist, wieder Arbeit zu finden, das Verkalte nachzuholen. Nur eine seit zusammengegeschlossene aufgeklärte Arbeiterklasse kann dem Uebermuth des Unternehmehmens energisch entgegen treten. Glauben möchte man aber nicht, daß die Verhältnisse allein in Berlin eine derartig traurige Gestalt haben, in Köln, in Paris, in London, überall ist es ebenso bestellt. Fragen müssen wir uns bloß, wie die bürgerliche Gesellschaft es mit ihrem moralischen und stitlichen Leben vereinbaren kann, wenn die weiblichen Arbeiterinnen durch die Noth gezwungen werden, ihren Lebensunterhalt durch die Prostitution sich zu suchen, einem großen Theile von den armen Lehrerinnen, welche keine Stellung finden können, wird nichts Anderes übrig bleiben. Das wird aber trotzdem die Bourgeoise nicht abhalten, sich über diese Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse zu entrüsten. Möge Jeder sich der Mühe händeln, einzusehen lernen, daß die heutige sogenannte Staats- und Gesellschaftsordnung nichts weiter als eine Unordnung ist, welche zu beseitigen und deren Umwandlung zum Sozialismus herbeizuführen unsere Hauptaufgabe sein muß. Die Arbeiter sind durch ihre Leiden und Arbeit unter einander verwandt, sie müssen demnach zusammenhalten und zusehen, daß sie daselbst als zielbewusste Proletarier. (Stürmischer Beifall.)

An der Diskussion, welche sich an den Vortrag anschloß, theilnahmen sich eine Reihe von Rednern, welche die Zustände der heutigen Gesellschaftsordnung nach allen Richtungen hin beleuchteten. In seinem Schlussworte kritisierte der Referent nochmals die privatkapitalistische Produktionsweise.

Es gelangten hierauf folgende Resolutionen zur einstimmigen Annahme:

- I. Die heute in der Brauerei Friedrichshain versammelten Arbeiterlosen Berlins erheben hiermit Protest gegen die Einrichtungen einer Gesellschaftsordnung, die es einer großen Anzahl im besten Alter stehender Personen unmöglich macht, Arbeit und damit Brot für sich und ihre Familie erringen zu können. Die Versammlung weiß wohl, daß die Arbeitslosigkeit nicht herbeigeföhrt wird durch die Ungunst v o r ä b e r g e h e n d e r Verhältnisse, sondern daß sie eine dauernde Begleiterscheinung der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsweise ist und sein muß, daß also schon aus Gründen der Selbsterhaltung von der Arbeiterklasse die Umwandlung der heutigen Gesellschaftsordnung in die sozialistische gefordert und vorbereitet werden muß.
- II. Für den Augenblick richtet die Versammlung die dringende Aufforderung an die öffentlichen Behörden, Schritte zur Milderung der Noth zu thun; sie weiß von vornherein jedoch jedwede Hilfe, die den Charakter einer Armenunterstützung tragen könnte, energisch zurück.
- III. Die Versammlung erklärt, daß es eine Schmach für ein kultiviertes Land ist, wenn zu Gunsten einer kleinen Minorität der großen Masse des Volkes die notwendigsten Lebensmittel vertheuert werden. Sie fordert daher die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, mit aller Energie im Reichstag für gänzliche Abschaffung der Lebensmittelzölle einzutreten.
- IV. Die Versammlung protestirt ganz energisch dagegen, daß der hiesige Magistrat den Charakter eines Kapitalisten angenommen hat, indem er die Preise des Brotes in den städtischen Gasanstalten, als die Nachfrage stieg, um 20 Pfennig erhöhte. Sie ersucht den Magistrat im Interesse der hungernden und frierenden Arbeitslosen, die Preise wenigstens für diejenigen, welche im Einzelnen kaufen, wieder herabzusetzen.
- V. Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, den bestehenden Arbeiterorganisationen sich anzuschließen und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Ferner spricht die Versammlung ihre Freude aus über die großartige Demonstration ihrer arbeitslosen Brüder in Mailand.
- V. In Erwägung, daß die Ziele der Sozialdemokratie nur durch ein gebildetes und aufgeklärtes Proletariat verwirklicht werden können; in fernerer Erwägung, daß die heutige Volksschule nicht im Stande ist, den Arbeitern die hierzu erforderliche Bildung zu geben, ist in der gestern hier abgehaltenen Versammlung beschlossen worden, eine Arbeiter-Bildungsschule zu gründen, der sich alle aufgeklärten Genossen anzuschließen verpflichten.
- Ein Antrag, die angenommenen Resolutionen durch eine Deputation dem Bundesrat zu überreichen, wurde abgelehnt, dasselbe sollen dieselben ihm zugesandt werden. Ferner wurde ein Antrag abgelehnt, welcher verlangte, daß das Polizeipräsidium um Genehmigung eines öffentlichen Umzuges aller Arbeitslosen ersucht werden sollte. Dagegen wurde das Bureau der Versammlung beauftragt, in nächster Zeit wieder Versammlungen arbeitsloser Männer und Frauen einzuberufen.

Nachdem der Vorlesende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen hatte, verließen die Massen unter dem Gesange der Marzellaise den Saal.

Gründung der Berliner Arbeiter-Bildungsschule.

Eine imposante öffentliche Volksversammlung tagte am Montag Abend unter Vorhild des Stadtverordneten Jubell im Saale der Brauerei Friedrichshain. Kopf an Kopf standen die Massen dichtgedrängt in dem großen Saale, aus dem Tische und Stühle entfernt worden waren. Es mochten wohl über 4000 Personen sein — darunter auch eine nicht geringe Anzahl Frauen — die den Saal füllten, und viele Hunderte noch mussten, ohne Einlaß zu finden, wieder umkehren. Es war eine so große und — mit Rücksicht auf die Tagesordnung — so wichtige Versammlung, wie sie seit der großen Versammlung am 22. Juni noch keine wieder gewesen. Bis zum Schluss bewahrte die von stürmischer Begeisterung erfüllte Versammlung eine musterhafte Ruhe und Ordnung. Leider ereigneten sich einige Unfälle: Eine Anzahl Personen wurde infolge von Ohnmachtsanfällen — bei der ungeheuren Menschenmenge berührt, zu Anfang wenigstens, eine drückende Hitze — aus dem Saale entfernt werden.

Als ungefähr um 8 Uhr Wilhelm Liebknecht anlangte, wurde er von brausenden Hochrufen empfangen.

W. Liebknecht hatte das Referat über die Gründung der Berliner Arbeiter-Bildungsschule übernommen, von ihm war auch die erste Anregung zu diesem Plane ausgegangen.

Er drückte zunächst seine Freude über den zahlreichen Besuch der Versammlung aus und trat der namentlich bei den Gegnern in neuerer Zeit sich verbreitenden Ansicht entgegen, daß das Interesse für politische Dinge bei den Sozialdemokraten erlahme, daß die Versammlungen nur seltener besucht würden. Die heutige Versammlung beweise das Gegentheil; der Andrang zu dieser Versammlung sei ein so gewaltiger, wie er ihn lange nicht mehr gesehen. Und was diese Massen angeht, die sich nicht klingende Namen, sondern das Thema, mit dem wir uns beschäftigen wollen; und das beweist gewiß, daß den Genossen die Sache am Herzen liegt.

Es ist erfreulich, daß auch die Frauen so zahlreich hier erschienen sind, die an den Segnungen der neuen Einrichtung, die wir heute zu schaffen gedenken, theilnehmen wollen. Bevor wir soweit waren, ist lebhaft die Frage erörtert worden, ob man auch den Frauen das gestaute Unternehen zugänglich machen wollte; es ist dann beschlossen worden, auch sie an der Bildungsanstalt theilnehmen zu lassen. Die Geschichte zeigt, daß eine Bewegung, die von den Frauen unterstützt wird, zum Ziele gelangt. „Was die Frauen wollen, das will Gott,“ sagt ein französisches Sprichwort. Da, wo die Frauen mit uns sind, ist unsere Sache gewonnen. Darum begrüße ich mit Freuden die Theilnahme, die Mitwirkung der Frauen an unserer heutigen Arbeit!

Doch nur zum eigentlichen Thema! Als das Sozialistengesetz aufgehoben wurde, war es anfangs nicht meine Absicht, nach Berlin zurückzukehren, sondern ich gedachte nach Leipzig zu gehen. Da wollte ich eine mich lebhaft beschäftigende Idee ausführen: Den Arbeiter-Bildungsverein, wie er in Leipzig schon vor 1878 lange Zeit in segensreicher Weise wirkte, bis er endlich dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, diesen Arbeiter-Bildungsverein gedachte ich in vergrößertem Maße wieder anzurichten. Die Dinge kamen anders. Es sagte sich, daß ich nach Berlin kam. Mit den hiesigen Verhältnissen weniger bekannt, hatte ich doch das den Gedanken, ob sich nicht auch hier ein solcher Verein in noch größerem Umfang schaffen ließe. Ich sagte mir zwar, daß die Schwierigkeiten hier größere seien, erkannte jedoch, daß die zur Verfügung stehenden Kräfte auch stärker wären. Kräfte, die zur Mitwirkung an einem so großen Unternehen geeignet sind, scheinen zahlreich vorhanden zu sein. Es gilt nur, diese Kräfte, die in zahlreichen kleinen Vereinen zerstreut sind, zu sammeln. Ich bin mit Arbeit zu sehr überlastet, um die Ausführung dieses Werkes selbst in die Hand zu nehmen; ich freue mich indessen, daß sich Freunde gefunden haben, die sich dieser Arbeit unterziehen.

Die Arbeiter-Bildungsschule darf sich in dem Unterrichte, den sie den Arbeitern gewährt, nicht auf einzelne Fächer beschränken; sie soll nachholen, was die Schule verkannt hat, aber sie soll den Arbeiter nicht etwa zum Gelehrten ausbilden und seinen Geist mit überflüssigen Dingen belasten, sondern sie soll ihn vor allem geeignet machen zum Kampfe für die Befreiung der Gesellschaft.

In dem Leipziger Verein wurden seiner Zeit neben dem Unterrichte in den Sprachen, den kaufmännischen Wissenschaften, der Stenographie — allwöchentlich Vorträge aus dem Gebiete der Nationalökonomie und über die Arbeiter interessirende naturwissenschaftliche Thematika gehalten. Namentlich ist auf die Ausbildung in der deutschen Sprache Gewicht zu legen. Die deutsche Schulkonferenz hat ja noch erst die Wichtigkeit des deutschen Aufsatzes anerkannt. Im Leipziger Verein, wo ich selbst Jahre lang in der deutschen Sprache unterrichtet habe, wurden die Stübungen so angeführt, daß ein Jeder einen Aufsatz zu machen hatte über irgend ein Thema, das ihm gerade besonders am Herzen lag. An die Vorgesprechung dieser Aufsätze schloß sich der Unterricht in der Grammatik, und da hierbei auch der Inhalt berücksichtigt ward, so entwickelten sich hieraus allmählich Debattirübungen, und der Leipziger Verein gestaltete sich so zu einer Art Agitationschule aus, deren Früchte ich später noch oft mit Freuden erkannt habe. Auf meinen Reisen in Deutschland, in Amerika u. s. w. traf ich oftmals mit ehemaligen Schülern von mir zusammen, und auch nicht einen fand ich, der nicht stolz darauf gewesen wäre, seine Kenntnisse in jenem Leipziger Arbeiter-Bildungsverein bereichert zu haben, welcher ihn in den Stand gesetzt, in erhöhtem Maße im Kampfe für die Partei thätig zu sein. Hier in Berlin können wir noch ein Weiteres thun: Neben den Vorträgen wissenschaftlichen Charakters wären literarische Vorträge und Vorfstellungen zu veranstalten, und hierfür haben wir bereits einen guten Anfang — die „Freie Volksbühne“, die mit unserer neuen Schöpfung vereinigt werden könnte. — Sache der Arbeiter ist es, indem sie sich selbst emancipiren, auch die Kunst zu emancipiren.

Die Ausführung unseres Werkes ist schwer — das wollen wir uns nicht verhehlen — ich bin auch nicht in der Lage, die Gründung einer solchen Schule selbst zu leiten; aber wenn tüchtige Männer die Sache in die Hand nehmen, so wird sie gelingen, und ich will gern nach Kräften helfend mitwirken. Wir müssen sich die Arbeiter klar werden, daß sie sich selbst helfen müssen, daß sie ja auch für ihre Ausbildung auf geistigen Gebiete selbst sorgen müssen. Und diese geistige Ausbildung ist von der größten Wichtigkeit. Die Leidenschaft allein — und mag sie die besten Absichten und Vorätze haben — sie kann nichts schaffen, sie kann nur zertrümmern; schaffen kann die Leidenschaft nur in Verbindung mit dem Wissen. Die Leidenschaft kann uns wohl auf die Barricaden führen, sie kann unsere Stirn mit dem Lorbeer des Siegers umwinden, aber sie kann uns nicht die dauernde Befreiung erringen. An Leidenschaft hat es in der französischen Revolution, in der Revolution von 1848, in der französischen Kommune wahrlich nicht gefehlt; aber daraus ist keine dauernde Frucht entsproßt.

Wenn die Menschen damals noch nicht in geistiger Anechtenschaft befangen gewesen, sie hätten nicht gegen ihre eigenen Brüder gekämpft.

Und wird in einem öffentlichen Organ der Vorkurf gemacht, wir wollten die Arbeiter allerhand unnütze Dinge lehren; es sei nicht gut, wenn man die Arbeiter in allem Möglichen unterrichten wolle, und es wird da dann besonders auf die Stenographie als überflüssig hingewiesen. — Nun, was sollen wir denn die Arbeiter lehren? Etwa die Bereitung des holländischen Käses? Ich möchte wünschen, daß gerade das Stenographieren in die Kreise unserer Arbeiter mehr Eingang fände, um sie zu befähigen, einen guten Bericht oder dergleichen anzufertigen; ich will ja nicht sagen, daß ein jeder Arbeiter es erlernen müsse, aber doch der Eine oder Andere, der dafür größere Begegnung zeigt.

Es soll ja der Hauptzweck sein, die Arbeiter heranzubilden

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Bieberich, den 9. Januar. Es wird in den Junker- und Bourgeoisblättern seit Inkrafttreten des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes herzerweichende Klagen angehört, wie durch die Beitragspflicht die Herren Unternehmer so schwer belästet würden, wie der ganzen Industrie ein baldiger, unaufhaltsamer Ruin drohe, wenn nicht schleunigst mit der Sozialreform aufgehört würde. Auch hier fühlte sich so ein „armer Millionär“, einer der größten Zigarrenfabrikanten unseres Ortes durch den wöchentlichen Zuschuss, den er zur Altersversicherung zu machen hatte, schwer bedrückt, er sann auf Abhilfe und fand bald eine, die seiner Fingigkeit alle Ehre macht. In seiner Fabrik wird, wie es in der Genussmittel-Fabrikation üblich ist, ein Teil des Lohnes in der Gestalt gezahlt, daß die Arbeiter ihren wöchentlichen Bedarf an Zigarren unentgeltlich erhalten. Nun hat der Fabrikant für den Mann durchschnittlich 12 Pf. wöchentlich Versicherungsbeitrag zu zahlen; was that er demnach? — Er zog jedem 3 Zigarren von seinem Wochenquantum ab, wobei er, da die Zigarre mit 5 Pf. ausgezeichnet ist, noch 3 Pf. pro Kopf verdiente! So war ihm geholfen und wieder einmal die Industrie gerettet.

Mülheim a. d. Ruhr, 10. Januar. (Ultramontane Wahrheitsliebe.) Vergangenen Sommer fuhr ein wahrer Sturm der Entrüstung durch die frommen Gemüther unserer rheinischen Kerikalen, namentlich war es die ultramontane Presse, die Feuer und Flamme spielte gegen den sozialdemokratischen Redakteur Herrn Grimpe zu Ebersfeld, weil er eine, eben nicht von christlicher Nächstenliebe zugehende Nonnengeschichte, in der „Niederh. Volkszeitung“ vom 23. Juli v. J. vor die Öffentlichkeit gezogen hatte. Alle großen und kleinen Kaplansblätter und -Blättchen fielen wie eine wühende Meute über den verlogenen und nichtsnutzigen Sozialdemokraten her, selbst die „Kölnische Volkszeitung“, die sich doch der ultramontanen Presse niedrigeren Kalibers gegenüber so gerne einen vornehmen Anspruch giebt — ließ sich in Nr. 240 vom 31. August v. J. folgendermaßen vernehmen:

Krefeld, 30. August. Die hier zur Ausgabe gelangende sozialdemokratische „Niederh. Volkszeitung“, welche verantwortlich redigiert wird von Hermann Grimpe in Ebersfeld, hatte in ihrer Nummer vom 23. Juli die Thätigkeit der hiesigen — ehem. — Schweitern vom heiligen Franziskus in böshafter und empörender Weise angegriffen. In der Notiz des genannten sozialdemokratischen Blattes wurde geschildert, wie eine arme Frau die Hilfe der Schweitern in Anspruch genommen, wie eine der Schweitern der Frau einen Korb „schwer beladen“ zurück gegeben hätte mit dem Bemerkten: „So nun wollen wir zum Bäckern gehen und auch ein Brot kaufen“. Dies sei geschehen, voller Freude sei die Frau „zu ihren — auf Nahrung harrenden Kindern geeilt“ — aber als sie den Korb geöffnet, habe sie neben zwei kleinen Bläschen, enthaltend je ein viertel Pfund Gerste und ein viertel Pfund Gerste den Korb „mit allerhand Scherben gefüllt gefunden“. Nachdem der Leiter der hiesigen Geschäftsstelle der sozialdemokratischen „Niederh. Volksz.“ sich geweigert, irgend welche Auskunft über den Ursprung der böshaftern Mitteilung zu ertheilen und nachdem das genannte Blatt sogar in Erwiderungen auf scharfe Zurückweisungen von Seiten der „Niederh. Volkszeitung“ seine Behauptung aufrecht zu erhalten und sich zum zeugeneichen Beweise vor Gericht erboten hatte, gab die Vorsteherin des hiesigen Klosters der Franziskanerinnen langem Zögern endlich nach und stellte Strafantrag bei der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft. Letztere leitete auf Grund des untern 20. Juli gestellten Strafantrages die Untersuchung gegen Herrn Grimpe zu Ebersfeld ein. Und was that derselbe? Er will angeblich den Wahrheitsbeweis vor Gericht erbringen, bezweifelt aber gleichzeitig die Kompetenz der Schwester Arsenia zur Stellung des Strafantrages in dieser Angelegenheit, welche eine ungenannte Nonne nicht aber die Schwester Arsenia ausgeht. . . . u. s. w. Dann heist es zum Schluß: Die „Niederh. Volkszeitung“ fordert nun den Hermann Grimpe nochmals mit allem Nachdruck auf, entweder die böshaftern Verdächtigungen und Anschuldigungen, welche er gegen die hiesigen Schweitern vom heiligen Franziskus erhoben hat, öffentlich zu widerrufen oder 1. die barmherzige Schwester zu nennen, welche in der von ihm geschilderten Art „die Religion zum Teufel von Pöffen benutzt“ haben soll; 2. die „arme Frau“ zu bezeichnen, welche von dieser barmherzigen Schwester Scherben statt Brot und Lebensmittel unter höhnenden Bemerkungen empfangen haben soll; 3. den Tag oder die Woche anzugeben, an welchem oder in welcher sich dies zugegetragen haben soll.

Herr Grimpe stellte bekanntlich Strafantrag wegen gröblicher Beleidigung gegen die Redakteure der „Niederh. Volksz.“, sowie des „Krefelder General-Anzeigers“. Die Sache kam am Sonnabend, den 3. d. M., vor dem Schöffengericht zu Krefeld zum Antritt und Herr Grimpe hatte nach so vielfachen Verleumdungen und Anfeindungen die Beweishandlung, den Vorgang mit der barmherzigen Nonne vom heiligen Franziskus, die in ihrer Frömmigkeit Scherben statt Brot verabreichte, vollständig beweisen zu können. Die beiden Redakteure wurden je zu 10 M. Geldstrafe oder einen Tag Gefängnis verurteilt.

Essen. Wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch einen Artikel in dem in Geiselskirchen erscheinenden Verbandsorgan der deutschen Bergarbeiter, wurde der Redakteur desselben, Müller, von der hiesigen Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Dresden, 13. Januar. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ berichtet über „geistige Waffen“ im Gefängnis folgendermaßen: Es scheint allen denen, welche sich von Staats-, Rechts- und Unrechts-Wegen mit dem Kampf gegen unsere Tendenzen beschäftigen, doch bitter Ernst zu sein. Dies wird gar herrlich illustriert durch die Befehlsverordnungen, die man mit unseren Genossen bei ihrem etwaigen Aufenthalt im Gefängnis vornimmt. Von derartigen Erkenntnissen aus der allerersten Zeit möge folgendes hier Platz finden: Bei der Aufnahme in die Anstalt wird ein wegen Gotteslästerung verurtheilter Genosse dem Anstaltsgeistlichen vorgeführt. Seine Ehrwürden liest die Akten durch und wendet sich nun an den Gefangenen mit den Worten: „Geh sozialdemokratisch!“ Nach kurzer Einleitung kommt sodann eine Schmäherei auf Bebel's „Frau“, in welcher geradezu „H. . . .“ gepredigt werde! Der Gefangene widerlegt, so gut es ihm als Sträfling möglich ist. Der Herr Pfarrer meint: „Nun ja, die heutigen Ehen sind ja auch nicht das, was sie sein sollten! Man soll eben nicht so reich und auch nicht so arm heirathen!“ Nach längerer Debatte sagt der Sträfling: „Ich wünsche nur, Christus käme wieder und säge, was aus seiner Lehre geworden ist!“ Der Pfarrer darauf: „Das wünsche ich auch — — — Er würde allerdings vieles anders finden, als er es wünscht!“ — Am nächsten Sonntag predigt derselbe Pfarrer über das Thema: „Diebels Cure Heide!“ Nicht minder aber ist die Sonntagsschule zum „Kampf“ bestimmt. So fragt, um nur zwei Beispiele anzuführen,

im Lesebuch für ländliche Fortbildungsschulen ein nach einer Industriestadt verschlagener Sohn bei seinem Vater an, was er denn eigentlich von den sozialdemokratischen Lehren halte. Als Antwort folgt eine so lauterwisch verschrobene Darstellung vom Zukunftsstaat, wie sie eben nur in einem sich jeder freien Meinungsbildung und Einsicht verschließenden Hirn entwickeln kann. Beweis dafür: 1. „Theilen“ und alle 50 Jahre wieder „Theilen“, 2. Nichtbezahlung aller geistigen Arbeit u. s. w. u. s. w. — In „Deiblatt“ zu einem in Hamburg (Raubes Haus) erscheinenden Kirchenblatt findet sich eine rührende Geschichte, wie ein Pfarrer für den erst kürzlich in die Dorfgemeinde aufgenommenen Sozialdemokraten, Vegetarier und Atheisten, welcher sein Kind nicht taufen lassen will, selbst die Regierung um „Schonung“ und „Nichtanerkennung“ der „Klage“ bittet, damit dem Sozialisten keine Kosten erwachsen sollen!! Der Pfarrer ist davon so gerührt, daß er sogleich taufen läßt! — Und derartige Nachwerke werden im Namen und zur höheren Ehre der Christenheit verbreitet! — Das beste Stückchen aber leistete sich der Herr Pfarrer, als der Sträfling ihm vor den Verlassen der Anstalt noch einmal vorgeführt wurde. Zuerst legte er ihm die „Pflicht“ auf, sich bei dem Inspektor des Vereins für Straftatlassene zu melden. Als bei der darauf folgenden Unterredung der Sträfling erklärte, nach seiner Meinung unschuldig verurtheilt zu sein, und zwar nur deshalb, weil das Reichsgericht Gotteslästerung und Gotteslästerung für gleichartige Begriffe erklärt habe, erzählte er ihm die Geschichte von dem Geheiß des Jöllners und schloß mit den Worten: Wenn Gott die nicht für schuldig befunden hätte, hätte er die auch nicht verurtheilt lassen!! — — — Es ist wohl kaum nöthig, noch mitzutheilen, daß die angezogenen Bücher die Kunde durch die ganze Anstalt machen, d. h. daß jeder Gefangene mit dieser Lektüre beglückt wird, und daß auch jeder Gefangene dem Anstaltsgeistlichen mehrmals vorgeführt wird! — Vorstehendes könnte noch, ohne weniger drastisch zu werden, in zehn- bis vermehrter Auflage erzählt werden, doch mögen diese Beispiele, gegeben zu Hohenstein, in der zweiten Hälfte des Heftes vom 1890, genügen.

Dresden, den 13. Januar. Im Juli vorigen Jahres fand in Seitz's Gasthaus, Kleine Brüdergasse, eine Sitzung des Arbeitsnachweises der Tischler statt, in welcher über Hebung desselben beraten werden sollte. Kurz nach Eröffnung dieser Sitzung trat jedoch ein Kriminalbeamter ein und die Folge davon war, daß der Vorsitzende dieser Kommission, der Tischler L. Scholz, eine Anklage auf Grund der §§ 2 und 33 des Verfallungsgesetzes erhielt. In der darauffolgenden Schöffengerichtssitzung wurde Scholz jedoch freigesprochen. Hiermit war jedoch der Staatsanwalt nicht zufrieden gestellt und in der Verfallungsbefehl wurde Scholz zu einer Woche Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Dagegen legte jedoch wiederum der Beklagte Berufung beim Oberlandesgericht rechtzeitig ein. Die Verhandlung fand am Montag, den 12. Januar, Vormittags 11 Uhr, statt. Scholz wurde freigesprochen. In der Begründung des Urtheils wird ausdrücklich hervorgehoben, daß eine Zusammenkunft von 16 Personen wohl nicht als eine Versammlung, welche einer Anmeldepflicht unterliegt, angesehen werden könne, umso mehr als nur Sachen verhandelt werden sollten, welche nur die Tischler angehen, also auch keine öffentlichen Angelegenheiten im Sinne des Gesetzes seien.

Jüdau. Nachdem in unseren benachbarten Landgemeinden die Gemeinderaths-Wahlen beendet, kann auch von hier berichtet werden, daß die Sozialdemokratie überall gute Erfolge erzielt hat. In allen Orten haben Sozialdemokraten Einzug in die Gemeinderäthe gehalten, denn in der Klasse der Unansässigen waren überall unsere Genossen Sieger. Aber auch in der Klasse der Haus- und Grundbesitzer ist mancher Sieg zu verzeichnen. Die Erfolge sind um so bedeutender, wenn man erwägt, daß in einigen Orten unsere Genossen sich das erste Mal an dieser Wahl beteiligten und daß weiter, in der Klasse der Unansässigen von den Gegnern, theils Werkbeamte oder sonst einflußreiche Personen als Kandidaten aufgestellt wurden. Beides war in Reinsdorf der Fall. Resultat: Der Herr Obersteiger 30 St. und unsere Genossen — Bergarbeiter — 75 Stimmen. Um ja recht sicher zu gehen, bedienten sich die sogenannten Ordnungsmänner hektographirter Stimmzettel, damit der Unterschied, ob für Obersteiger oder für Bergarbeiter, recht ersichtlich sei. Das alles half jedoch nichts. Besonders lebhaft und interessant war noch die Wahl in Marienthal, daselbst wollten die Ordnungsmänner die vor 2 Jahren erlittene Niederlage wieder gut machen und verschiedene örtliche Verhältnisse und Vorwommnisse waren ihnen dießmal sehr günstig und wurden auch gehörig ausgenützt. Der Kriegerverein, Schützen-gesellschaft, Turnverein, patriotischer Pfeifenklub, dito Gefangenenverein u. s. w. hielten eine gemeinschaftliche Versammlung ab, wo die Parole ausgegeben wurde, kein Sozialdemokrat darf gewählt werden. Einige Hüthposten in der Nähe hatten gleichfalls in diesem Sinne ihr Möglichstes. Der Wahltag kam, er verging und brachte das Resultat: Klasse der Unansässigen: unsere beiden Genossen mit 60 Stimmen Majorität gewählt. In der Klasse der Haus-, Garten- und Grundbesitzer erhielten die Gegner nur 5 Stimmen mehr. Mit diesem Resultat brauchen wir nicht nur zufrieden zu sein, nein, wir können stolz darauf sein. So schloß das Jahr 1890 würdig für uns ab und im neuen heißt's: Vorwärts und immer nur vorwärts.

Sonneberg i. Thür., 10. Januar 1891. Herr Dr. Baumbach ist nun endlich von uns geschieden, um die Stadt Danzig mit seiner Person zu — beglücken. — Sein Scheiden ist vom hiesigen sog. Freisinn sehr bedauert worden, was diesen armen Verwaissenen vom Parteistandpunkt aus gar nicht zu verdenken ist, denn was es für eine Partei bei Wahlkämpfen bedeutet, den Landrath auf ihrer Seite zu haben, das weiß Jedermann. Dem Volke selbst in unserm Kreise scheint über die Bedeutung des Herrn Dr. Baumbach noch kein richtiges Licht aufgegangen zu sein, denn die Verurtheilung resp. der seltsamen Glaube der hiesigen Freisinnigen und ihrer Anhänger, daß der ganze Kreis in Thüringen der Wehmut beim Scheiden genannten Herrn sich auflösen müsse, ist nicht eingetroffen. Kalt und gefühllos blieb die Menge. Selbst die Verurtheilung, daß die allgemeine Nothlage, welche von den Sozialdemokraten immer gerügt würde, für das Meininger Oberland nicht zureichend sei, hat bei der darberenden, jetzt meist arbeitslosen Bevölkerung die Gefühle für das gentale — freisinnige — Geschick, Herrn Dr. Baumbach, nicht zu erwärmen vermocht.

Wie aber eine jede feindselige oder werden wollende Größe beim Kommen und Gehen sich durch eine hervorragende That bemerklich zu machen sucht, so hat auch Herr Dr. Baumbach kurz vor seinem Scheiden von hier den hiesigen Redakteur des hier erscheinenden sozialistischen Blattes „Thüringer Volksfreund“ aufs Neue mit dem Staatsanwalt in Berührung gebracht. In dem betreffenden Blatte war ein Artikel über standalöse Vorwommnisse im Kreis-Krankenhaus, betreffend die Behandlung der ausschließlich aus Arbeitern und Arbeiterinnen bestehenden Patienten von Seiten der dort thätigen frommen — Schwester eingedrückt. Da nun dieses Krankenhaus auch der Amtshauptmannschaft des Herrn Dr. Baumbach unterstellt war, so hat sich derselbe veranlaßt gefühlt: 1. Einen zwei Spalten langen Artikel gegen

die Behauptungen im „Volksfreund“ im hiesigen freisinnigen Lokalblättchen „Sonneb. Btg.“ loszulassen, in welchem er jedoch jede einzelne Behauptung des „Thür. Volksfr.“ zugeht, nur in etwas rosigem Lichte und mit der Schlußdrohung, die Sache zur Ermittlung der Wahrheit an die zuständige Behörde zu überweisen, was er jetzt auch gethan hat. Der Redakteur des „Volksfreund“ hatte am 5. d. Mts. darüber Verhör. Gleichzeitig hatte derselbe ein Verhör zu bestehen wegen des Abdruckes des Proletariatsliedes „Wer schafft das Gold etc.“

Ein anderer dunkler Punkt aus der Amtshauptmannschaft des Herrn Dr. Baumbach mag auch folgendes Vorkommniß sein. Ein Gänßling des Herrn Dr. Baumbach, früher Amtshauptmann, jetzt Vorsteher des Armenhauses für den Kreis Sonneberg in Mupperg, soll eine blödsinnige Insassin des Armenhauses derart mißhandelt haben, daß infolge dessen der Tod eintrat. Einige Verwandte durch Ausfragen von anderen Pflanzlingen der Anstalt aufmerksam gemacht und hauptsächlich darüber verwundert, daß sie erst nach der Beerdigung ihrer Verwandten eine Anzeige per Postkarte vom Anstaltsvorsteher erhielten, wollten der Sache auf den Grund gehen und ließen die Leiche ausgraben. Der Arzt konstatierte: Wegen Verweigerung sei die Todesursache nicht gut festzustellen. Der Staatsanwalt meinte, es sei allerdings ein dunkler Fleck an der Geschichte, und damit blieb die Geschichte ruhen. Der Armenhausvorsteher erkundete sich natürlich der ausgiebigsten Gnade des Herrn Dr. Baumbach und ist heute noch im Tode.

Doch wie der Herr, so das Geschick, lautet hier ein Sprichwort. Der Freisinn hat hier den geistigen Kampf auf ganzer Linie eröffnet. — Die Freisinnigen mit dem Stempel „Liberaler Ortsverein Sonneberg“ versehen, liegen in den umliegenden Ortschaften theilhaftig auf der Straße, mitunter sogar auf dem — Mist —. Man operirt man auf dem Lande viel mit dem Alters- und Invalidengesetz gegen die Sozialdemokratie, indem die bei den verschiedenen Festeisen des liberalen Ortsvereins hier mit Worten und Bier traktierten, mit Verstand aber äußerst mäßig begabten Vertrauensmänner vom Lande, den Landgemeinden vordiskutieren wollen, daß man die Abgaben, die jetzt auch die Kleinbauern, welche Gefinde halten, zur Altersversorgung bezahlen müssen, daß man diese Lasten einzig und allein den Sozialdemokraten zu verdanken hätte. Nun die Lügen dieser freisinnigen Geister werden immer schnell genug von uns widerlegt und drischt der hiesige Freisinn auch mit diesem geistigen Kampf nur leeres Stroh. Aber eine ganz besondere Blüthe trieb hier der Kampf mit geistigen Waffen gegen die Sozialdemokratie. Man beschenkt hier nämlich auch Vertrauensmänner des Freisinn auf dem Lande mit abgetragenen Hofen, welche durch ihren englischen Schnitt jedoch von der Landbevölkerung als von Kaufleuten abkannend erkannt wurden.

Als nun so ein freisinnig behörter Vertrauensmann in letzter Zeit die Freisinnigen von En-Genie lopoltrire und in jedem Hause aus denselben vorlas, lachte Alles aus vollem Halse. Denn, ist auch der Inhalt des Buches danach angehan, einen Lacherfolg hervorgerufen, durch diese freisinnige Hofe hat der Freisinn hier wahre Lachsalven erzielt. Also Freisinn! Kopf hoch! Du hast die Lächer — auf deiner schwachen Seite.

Ein Kommentar zu den Auslassungen Baumbach's über die gute Lage der Arbeiter des Meininger Oberlandes giebt auch der Streit in der „Sonneberger Zeitung“ über die wahrhaft bedauerliche Nothlage der Glasarbeiter in Steinheid.

Der Pfarrer behauptet, die Noth sei groß und hat um Unterthänigkeit durch Bewellung von Christbaumstücken, welchen er selbst zum Behen der armen arbeitslosen Glasarbeiter verschenden wollte. Gegner des Pfarrers sind, wie ja leicht begreiflich, ein Arbeitergeber — und ein Lehrer, geborener Steinheider, welcher wahrscheinlich aus Lokalpatriotismus die Nothlage leugnet oder vielleicht auch, weil er sich nie darum bekümmert hat, dieselbe nicht kennt. Die hungernden, frierenden Arbeiter hungern einfach weiter und wagen, durch vierjährige Noth fast bis zum Stumpfsein herabgelassen, weder dem Einen noch dem Andern zuzustimmen. Das sind einige von den Zuständen aus den gelegneten Gefilden des Meininger Oberlandes, Wahlkreis Reiningen II, wo Herr Baumbach residirt hat.

Offenburg, den 8. Januar. Genosse Dr. Mübi war vor einiger Zeit vom Schöffengericht zu Leisberg wegen Verleumdung des Gemeinderaths Hornberg, der die Mitwirkung der städtischen Ruff bei einem Arbeiterfest verweigert hatte, zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Diese Strafe wurde heute auf Befehl der Staatsanwaltschaft hier in eine 14 tägige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die heutige Nummer des hiesigen „Volksfreund“ wurde wegen einer Kritik über sächsische Justiz beschlagnahmt. Redakteur Adolf Wed hat sich am 14. und 19. d. M. vor dem hiesigen und Karlsruher Schwurgericht wegen Preisvergehens zu verantworten.

Deutsch-Jordan. Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe werden, verlangte der Kaiser am 4. Februar 1890. Wie wenig königliche Forste Musterbetriebe sind, zeigt folgende Einsetzung: „In der königlichen Forst zu Jastienitz wird alljährlich Holz eingeschlagen; die betreffenden Arbeiter, die diese Arbeit verrichten, verdienen bei angelegentlicher Thätigkeit täglich im Durchschnitt 30—40 Pfennig, von dieser riesigen Summe wird jetzt noch das Invalidegeld abgezogen.“

Holzabfälle dürfen nicht mitgenommen werden, dieses wird bestraft; da aber heuer der Winter ein besonders strenger Herr ist und die Arbeiter von ihrem Lohn Feuerung nicht kaufen können, so sucht doch ein jeder sich etwas Holz zu verschaffen. Dann kommt aber der allgewaltige Förster, der nebenbei bemerkt wohl bekannt ist, schimpft die Forstarbeiter Lumpen und Eigebenen und droht mit der Anzeige. Anzufordern geben dann einige Arbeiter zu dem Förster und verrichten dort auf dem Hofe allerlei notwendige Arbeiten, das gefüllt dem „Gnädigen“ und er unterläßt vielleicht dießmal die Anzeige.

Sollten sich die Arbeiter aber einmal nicht erkenntlich zeigen, so wird angezeigt und da die paar Groschen nicht auslangen, wandern die Arbeiter einfach ins Gefängnis.

Solche und ähnliche Zustände bestehen zur Zeit im Regierungsbezirk Bromberg.

Soziale Ueberlicht.

Wahrung! Modellreue und Gippsbildhauer! Daß sich unsere Lage von Tag zu Tag verschlechtert, zeigt sich nicht nur darin, daß das Angebot von arbeitslosen Kräften in unserer Branche immer mehr zunimmt, sondern auch darin, daß das Verhalten einiger sogen. „Arbeitgeber“ den Gehilfen gegenüber immer rückwärtslofer wird. Auch bei uns macht sich das kapitalistische Ausbeutungssystem immer mehr bemerkbar. Während man früher bei dem Inhaber eines Geschäfts wenigstens einige technische Kenntnisse voraussetzte, findet man heut bei vielen derselben keine andere Grundlage, als einen tüchtigenbeutel Geld, der aber seine feigenreiche Wirkung nicht im entsprechenden Bezahlen der geleisteten Arbeit, sondern im Aufsaugen des Profits ausübt.

Einer dieser Geschäftsinhaber ist ein Herr Bogler, Kurfürstener-

Frage 37, welcher beabsichtigt, in der Fabrikation von Bilderrahmen alles in Berlin geleistet in den Schatten zu stellen — durch die Ergebnisse seiner Werkstatt. Ob ihm dies bisher gelungen wäre, ist uns zur Zeit unbekannt; das aber wissen wir, daß dieser Herr, obwohl er von Modellieren Nichts versteht, in der Behandlung seiner für ihn modellierten Gehäusen Alles bisher Dagewesene übertrifft. Alle Einzelheiten hier aufzuführen, würde zu weit führen; um aber etwa nach dort sich sehen, den Kollegen begreiflich zu machen, wie wünschenswert der Aufenthalt in dem betreffenden Geschäft ist, wollen wir hier nur mittheilen, daß dasselbst stets für Abwechslung in der Arbeit gesorgt ist, indem es Herr V. sehr gern sieht, wenn die Gehäusen auch beim „Leistenabladen“ thätig sind; außerdem kommt man auch nicht in Gefahr, an Altersschwäche in dem Geschäft zu sterben, da man in demselben nur wenige Tage alt wird; — in kurzer Zeit haben jetzt 4 Kollegen dort aufgehört, von denen einer zum Schluß sich noch genöthigt gesehen hat, den Herrn V. vor die Schranken des Gerichts zu fordern.

Kollegen, gegen solche Behandlung, wie sie unseren dort arbeitenden Kollegen von Seiten dieses Herrn zu Theil geworden ist, Front zu machen, ist die Pflicht aller; aber irgend welche positive Maßregeln dagegen zu treffen, wäre bis jetzt zwecklos gewesen, weil der Indifferentismus so vieler Kollegen einen Erfolg von vornherein ausschloß. Es giebt leider noch sehr viele Kollegen, die, anstatt sich dem ihre Interessen während der Anwesenheit, sich von demselben fern halten, um so auf Kosten ihrer die Solidarität hochhaltenden Kollegen im Tüben zu sitzen. Um nun wenigstens für die Zukunft gegen alle derartigen Fälle gewappnet zu sein, wollen wir hierdurch noch einmal jeden Kollegen ermahnen, seiner Pflicht nachzukommen und sich dem „Berein der Modelleure und Gippsbildhauer“ anzuschließen. Daß um Arbeit zu erlangen, kein Kollege mit seiner Arbeitskraft in den Werkstätten resp. Werkstätten hinziehen gehen, sondern sich stets an die allgemeine „Stellungsvermittlung der Bildhauer Berlins“, Innensir. 16, wenden wird, ist wohl selbstverständlich; — dann werden sich auch alle getäufelt sehen, die so denken wie Herr Vogler, der zu einem Kollegen triumphierend sagte: „Gehen Sie nur, da draußen warten auf Ihre Stelle schon zehn Andere.“

Dresden. In der am 10. d. M. stattgefundenen Versammlung des Fachvereins der Bronze-Arbeiter wurde die Veröffentlichung folgender Mittheilung beschlossen. Von der Firma Carl Meißner, Sächsischer Bronzewaren-Fabrik, Dresden, werden fortwährend in Berlin Arbeitskräfte gesucht. Wir machen die Berliner Kollegen darauf aufmerksam, daß abgesehen von dem großen Ueberfluß an Arbeitskräften im Allgemeinen, bei der Firma C. Meißner kein Arbeiter, welcher nicht sehr gut auf die dort fabrizirten Artikel eingerichtet ist, mehr als 10—12 M. pro Woche verdienen kann, und noch kein Werkzeug, Feilen u. s. w. sich selbst halten muß. Mit kollegialischem Gruß H. Engel, Dresden, Jägerstraße 17, 2 Tr., zur Zeit Vorsitzender des Fachvereins der Bronze-Arbeiter von Dresden und Umgegend.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, als da sind: Weber, Wirker, Spinner, Sticker, Härdler, Seiler, Posamentierer, fand am Sonntag unter dem Vorsitz des Herrn Schuster statt. Die Versammlung war gut besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu unserem Fachblatt „Der Textilarbeiter“ ergriff zunächst Herr A. Behr-Gera das Wort. Nachdem derselbe den Nutzen der Presse im Allgemeinen dargelegt, unterwarf er die Gewerkschaftsfrage einer längeren Besprechung. Das Organ einer Gewerkschaft sei nicht bloß dazu da, um in ihm die geschäftlichen Angelegenheiten derselben bekannt zu geben; sondern hauptsächlich auch dazu, um in ihm die Prinzipien der Vereinigung einer Besprechung zu unterziehen. Man glaube vielfach, die technischen Angelegenheiten eines Gewerbes müßten in dem betreffenden Fachblatt eingehend erörtert werden. Diese Ansicht sei eine falsche; sie sei es schon darum, weil derartige Erörterungen für das Gros der Leser der Fachblätter in unserem Sinne keinen Zweck haben, da sie sie nie in einem eigenen Betriebe praktisch verwerten können. Das Betreiben technischer Angelegenheiten in der Fachpresse zu besprechen, hat sich auch in den Organen der Textilarbeiter, in der zu Grunde gegangenen „Manufaktur-Arbeiterzeitung“, sowie in den ersten Nummern des „Textilarbeiter“ bemerkbar gemacht. Jetzt ist es nicht mehr der Fall, da auch hier die Ansicht maßgebend wurde, daß der hauptsächlichste Zweck der Fachzeitung sei, ihre Leser über ihre Klassenlage aufzuklären.

Eine feste große Organisation haben die Textilarbeiter lange nicht gehabt. Der Allgemeine deutsche Manufaktur-Arbeiter-Verein ist vernichtet worden. Das damalige Organ des Gewerkes, „Der Manufaktur-Arbeiter“, hat jetzt kaum noch 100 Abonnenten, welche sich, da die Zeitung schon lange nicht mehr den Anforderungen, die man an ein Fachorgan stellt, entspricht, aus den Fachgenossen rekrutieren, die die Bewegung nicht verfolgt haben. Da der „Manufaktur-Arbeiter“ nach und nach durch das von der einen Hand in die andere wandern inbaldig so gestellt wurde, daß er nicht mehr im Stande war, die Interessen der Gewerkschaften zu vertreten zu können — dieselben hatten allen notwendigen Einfluß auf ihn verloren — wurde von einigen unter ihnen der „Textilarbeiter“ gegründet. Trotzdem kein großer Verband der Textilarbeiter existierte, sondern nur noch hier und da Lokalorganisationen, kam die neue Zeitung immer mehr in die Höhe; ja, sie hat in letzter Zeit sogar die Zentralisation erreicht. Die Prinzipien, welche in der Zeitung vertreten sind, sind derartige, daß sie sich allen anderen Gewerkschaftsblättern eigenartig zur Seite stellen kann. Die Aufgaben, welche eine Organisation in heutiger Zeit zu erfüllen hat, sie werden im „Textilarbeiter“ vertreten; es wird in ihm gezeigt, daß das Endziel der Arbeiterbewegung ist, eine Umwälzung der heutigen Produktionsweise herbeizuführen. In letzter Zeit hat sich um etwas vollzogen, was dem Agitationskomitee Anlaß gab, der Frage näher zu treten, ob man nicht den „Textilarbeiter“ aus den Händen des bisherigen Verlegers Walthers in die Hände der Gewerkschaften überführen solle. Dies ist zweckmäßig ist, ein politisches Organ als Parteieigenthum zu besitzen, so ist es wohl auch zweckmäßig, wenn ein Fachblatt Eigenthum der Fachgenossen wird. Hauptsächlich maßgebend für das Agitationskomitee bei der Erwägung dieser Frage war der Umstand, daß Herr Walthers vielleicht bald nicht mehr in der Lage sein wird, das Blatt weiter herzustellen zu können. Es würde über kurz oder lang eine Unterbrechung im Erscheinen eintreten, was hauptsächlich jetzt, da der Kongress der Textilarbeiter bevorsteht, vermeiden werden muß. Dies bewog das Agitationskomitee im Verein mit den Provinzial-Vertrauensleuten zu beschließen, daß das Organ vom 1. April ab als Eigenthum der Gewerkschaften zu erscheinen habe. Die Redaktion solle ein Fachgenosse übernehmen. Die Fachgenossen haben dann die Pflicht, die Existenz des Blattes durch eifriges Abonnement und Agitation dafür zu sichern; die Existenzmöglichkeit ist ja vorhanden. Redner fordert zur Agitation sei, könne man daran gehen, die gedachten Zustände, welche unter den Textilarbeitern des Culengebirges, Oberfrankens, des Saigebirges u. s. f. herrschen, zu beseitigen. Die Ausführungen des Redners wurden mit Beifall aufgenommen. Als zweiter Referent ergriff hierauf Herr A. Beyer (Kottbus) das Wort. Derselbe schlägt Herrn Behr zum Redakteur des „Textilarbeiter“ vor. Es ist die Frage aufgeworfen, ob nicht alle Gewerkschaften und Gewerkschaftsblätter zentralistisch werden könnten. Diese Anregung ist eine verheißungsvolle. Redner schildert hierauf die grauenhaften Verhältnisse, in denen die Gewerkschaften

in Culengebirge, sowie in anderen Gegenden Deutschlands leben. Der Wochen-Durchschnittsverdienst — nicht einer Person — sondern einer ganzen Weberfamilie beträgt im Culengebirge 5—7 M., und dies bei einer Arbeitszeit von 13, 14 und 15 Stunden. Jetzt werden Bittgesuche um Sammlungen von Geld durch das ganze deutsche Land gesandt; nicht etwa zur Unterstützung der arbeitslosen Weber des Culengebirges, nein — für die arbeitenden, denen dafür Suppe verabreicht wird. Die Löhne sind in den letzten Jahren rapide in unserem Gewerbe heruntergegangen. So sind sie in Tanna in Sachsen für ein bestimmtes Quantum bestimmter Arbeitsarten vom Jahre 1884 bis 1890 gesunken von 3 M. auf 80 Pf., von 50 auf 30 Pf., von 3,50 auf 2 M., von 1,10 M. auf 60 Pf. u. s. f. Lohnarbeiter, Besitzer von Kattunstühlen, bekommen jetzt für eine Arbeit, wo sie 1884 6 M. für bekommen haben, nur noch 1,00 M. Neben dem Heruntergehen der Löhne steht als zweiter maßgebender Faktor für die Verschlechterung der Lebenshaltung unserer Gewerkschaften die Vertheuerung der Lebensmittel, welche die von allen Ländern für sich in Anspruch genommene Schutzpolitik hervorgerufen hat. Geschäft ist dabei gar nicht worden. Wenn unsere Branche soweit heruntergekommen ist, daß arbeitende Angehörige derselben durch Suppenanstalten unterstützt werden müssen, so ist sie werth, daß sie für Deutschland zu Grunde geht. Es ist soweit gekommen, daß Weber die Schweineerträge bei den Bauern mit den Fingern durchwählt haben, ob nicht noch ein Stückchen Kartoffel in ihnen zurückgeblieben sei. Diese Leute können Nichts für die Organisation und die Zeitung zusteuern. Durch den Vertrieb der Zeitung müssen möglichst Ueberflüsse erzeugt werden, um diesen armen Berufsgenossen die Zeitung gratis liefern zu können. Sie selbst können sich nicht helfen, ohne durch die Besserstellungen unterstützt zu werden. Redner weist an der Hand der Statistik nach, daß von über anderthalb Tausend Berufsgenossen ein Durchschnittsverdienst von 7,55 M. erzielt wurde. Sehr schlecht sei die Lage der Frauen; sie müßten mehr zur Organisation herangezogen werden. Man strebe danach, das für eine richtige Vertretung der Interessen der Gewerkschaften, auf der einen Seite eine gute Organisation, auf der anderen eine gute Presse zu schaffen. (Beifall.) An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner. U. blich (Chemnitz) spricht sich dagegen aus, daß man Walthers das Blatt („Textilarbeiter“) mit einem Male abnehmen wolle. K. Schulz: Wenn Herr Behr das Blatt mit Daranlegung aller seiner Kraft in die Höhe gebracht habe, ohne sein persönliches Interesse in den Vordergrund zu stellen, so müsse er (Redner) es als unmoralisch gehandelt erklären, wenn man es ihm so mit nichts, dir nichts abnehme. Die ganze Sache sei das Resultat eines Streites zwischen Walthers und dem Abgeordneten Albert Schmidt. Die Hälfte des letzteren scheine maßgebend gewesen zu sein. Redner macht den Vorschlag, um eine Vermittlung herbeizuführen, die Angelegenheit dem nächsten Kongress zur Regelung zu überweisen.

Behr (Gera) verwahrt sich und das Agitationskomitee gegen den Vorwurf, Walthers aus persönlichen Gründen schädigen zu wollen. Für ihr Handeln sei bloß allein das Interesse des Gewerkschaften maßgebend gewesen. Walthers würde zu jeder Zeit seine Drucker verkaufen, das sei sicher.

Reichelt (Chemnitz). Die Berliner haben nicht über die Angelegenheit endgültig zu bestimmen. Kompetent dazu ist das Agitationskomitee im Verein mit den Provinzial-Vertrauensleuten.

Piebiach (Sindob) ist in Vertretung Albert Schmidts erschienen. Er protestirt dagegen, daß Schmidt den Walthers ruinieren wolle. Als Schmidt als Redakteur in der Zeitung angestellt wurde, müßte er, der die Verhältnisse in den Fabriken kritisiert und bekämpfen sollte, erst auf Abschaffung derer Verhältnisse in der Drederei dringen. (Lange Arbeitszeit u. c.) Walthers habe Schmidt brutal behandelt; der Kapitalist Walthers über den Sozialdemokraten Walthers den Sieg davongetragen. Es liegen Briefe vor, in denen Walthers bedrängt, daß er sich nicht mehr halten könne. — Nachdem noch einige Redner zu den Anträgen gesprochen, wurde folgendes beschlossen: „Die endgültige Regelung der Angelegenheit wird dem nächsten Kongress überlassen.“ Im Einverständnis mit den Vertrauensleuten unterbreitet das Agitationskomitee der Textilarbeiter Deutschlands der Versammlung folgende Resolution: Wir erklären es für richtig, daß der „Textilarbeiter“ in die Hände der Fachgenossen übergeht. Es hat dies, wenn es nicht schon früher nöthig ist, am 1. April zu geschehen.“ Beschlusstext: „Den Redakteur hat das Agitationskomitee zu bestimmen.“

Hierauf ergriff zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Kontrollmarke für deutsche Textilwaren“ Herr Reichelt (Chemnitz) das Wort. Er führte aus: Die sächsischen Textilarbeiter waren die ersten mit, welche den Segen des Reichstages vom Jahre 1887 zu spüren bekamen. Lebensmittelvertheuerung und Lohnreduktionen gingen Hand in Hand. In Chemnitz und Umgegend kam es zu Streiks, die meist alljährlich durchgeführt wurden. Da kam die amerikanische Schutzoll-Gesetzgebung; ihre Wirkungen auf die Industrie Deutschlands sind bekannt. Die Textilindustrie hat furchtbar darunter zu leiden. In Chemnitz u. A. wurden die Löhne (Alford) um 15 bis 20, ja sogar 30 pCt. herabgesetzt; außerdem wurde die Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzt, wodurch das Einkommen, da Alford, noch geringer wurde. Es kostete einen großen Kampf, um einen allgemeinen Ausstand zu verhindern, dessen Folgen unberechenbar gewesen wären. Da stellten die Arbeiterinnen der Sächsischen Fabrik, die in vierzehn Tagen ca. 6,05 M. im Durchschnitt, im höchsten Falle 12 Mark (in 14 Tagen) verdienen, die Arbeit ein. Um einen Druck auszuüben, wurden alle Arbeiter ausgesperrt. Bald wurde von einem Theil die Arbeit wieder aufgenommen. Seit dieser Zeit sind beständig ca. 30 Aussperrerte in Chemnitz. Man sah sich genöthigt, seitens der Arbeiter eine eigene Fabrik zu gründen, um den Aussperrten Arbeit zu verschaffen. Man ist nun dabei, die Kontrollmarke, vorläufig für Chemnitz und das zunächst gelegene Gebiet einzuführen. Das System muß aber, wenn es seinen Zweck erfüllen soll, in ganz Deutschland angewandt werden. Da jeder Strumpfwaren gebraucht, geht es ganz gut durchzuführen. Redner verweist sich nun des längeren über die Nützlichkeit der Kontrollmarke, den Wunsch ausdrückend, man möge in Berlin die Frage betreffs allgemeiner Einführung der Kontrollmarke in der Textilindustrie Deutschlands berücksichtigen. Den Ausführenden wurde Beifall gezollt. In Anbetracht der vorgedachten Zeit der Sitzung mußte um 3 Uhr geräumt sein; wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Der Ueberreiß der Zellerfassung wurde für die Weber im Culengebirge bestimmt. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung geschlossen.

Posamentenbranche. In der am 6. Januar stattgefundenen Versammlung der freien Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen genannter Branche erhalteten die Kollegen Kolling und Klaus Bericht vom Posamentierkongress, welcher vom 26. bis 28. Dezember in Offenbach a. M. tagte. Vertreten waren auf demselben 11 Städte durch 13 Delegirte, worunter eine Frau. Aus den Angaben der einzelnen Delegirten ergab sich, daß die Arbeitszeit in den Provinzialstädten 10—10 1/2 Stunden beträgt, während in Berlin nicht über 10 und theilweise nur 9 Stunden gearbeitet wird. Die Lohnverhältnisse liegen jedoch in den Provinzialstädten verhältnißmäßig günstiger, da dort die Beschäftigung in der Regel eine stabilere ist, während die Berliner Posamentiere sehr unter der Saisonarbeit zu leiden haben. — Es wurde schließlich gegen die Stimmen der Berliner Delegirten ein Verband der Posamentierarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands gegründet mit dem Sitz in Offenbach, und der in Ludwigstadt erscheinende „Textilarbeiter“ zum Verbandsorgan erklärt. — Der Hauptzweck der Posamentierindustrie, das Erzgebirge, war auf dem Kongress leider nicht vertreten. — In der hierauf folgenden Diskussion, welche nichts besonders Interessantes bot, wurde schließlich auf Antrag des Kollegen Schubert beschlossen, vorläufig

noch keine Stellung zu dem Verband zu nehmen, sondern erst die Konstituierung desselben, welche am 1. Februar stattfindet, abzuwarten und diese Angelegenheit bis dahin zu vertagen. — Des Weiteren brachte der Vorsitzende, Kollege Wiskner, in Anregung, an diejenigen Firmen in Berlin, welche noch 10 Stunden arbeiten lassen, ein Zirkular zu richten, worin ihnen das Ergebniß der vor kurzem angenommenen Statistik vorgeführt wird, nach welcher bereits ein großer Theil der Berliner Firmen die 9 resp. 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt habe bei theilweise noch besseren Löhnen, und so die ersten zu veranlassen, ebenfalls die Arbeitszeit auf das angegebene Maß zu beschränken. Kollege Klau hält den Vorschlag für zweckentsprechend, meint aber, daß der gegenwärtige Zeitpunkt hierzu nicht geeignet wäre, da ein großer Theil der Kollegen sich infolge des schlechten Geschäftsganges augenblicklich sogar, und zwar sehr zu ihrem Nachtheil, mit einem 6—7 stündigen Arbeitslohn einverstanden erklären müßten. Der Vorsitzende verspricht hierauf zu geeigneter Zeit einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Unter Verschiedenem wurden einige interne Angelegenheiten erledigt.

Die Stodkarbeiter und Berufsgegnossen hielten am 11. dieses Monats eine öffentliche Versammlung ab. Zum Bericht des Schiedsgerichts-Kommission der Stodkarbeiter erhielt Kollege Hildebrandt das Wort. Derselbe führte ungefähr folgende aus. Die Kommission habe von Anfang an den Streit im Frühjahr geleitet, Verhandlungen mit den Arbeitgebern haben damals stattgefunden, und es wurde auch eine Einigung unter damaligen Verhältnissen herbeigeführt; die Unternehmer glaubten aber, daß die Gehilfenschaft sich nach dem Streit wieder zerstreuen werde und waren der Meinung, die Schiedsgerichts-Sache würde im Sande verlaufen. Die Fabrikanten mußten also erst wieder gezwungen werden, Ernst mit dem Schiedsgericht zu machen. Redner giebt eine Uebersicht über die Thätigkeit des Schiedsgerichts und zieht daraus den Schluß, daß dasselbe, wenn es auch bei der jetzigen schlechten Geschäftslage nicht im Stande sei, alle Schäden im Gewerke zu beseitigen, doch für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtige. Redner fordert zum Schluß auf, bei der Neuwahl nur solche Kollegen in die Kommission zu wählen, welche auch gewillt sind, ihr Amt mit Lust und Liebe zu versehen. In der Diskussion sprach Kollege Kühne über die Vorgänge in der Firma Gebauer, und Kollege Ströhmeier beschuldigte einen Fabrikanten, dessen Namen er auf Vertragen auch nannte, daß er die Verhandlungen des Schiedsgerichts geistlich aufhalte. Darauf fand die Neuwahl der Schiedsgerichts-Kommission statt; gewählt wurden die Kollegen Schubert, Ulrich, Meißner, Lange, Hoffmann, Schadow, Roschel, Hildebrandt, Pablosky und Strohmeyer. Unter Verschiedenem spricht sich Kollege Hildebrandt entschieden gegen den neuesten Bericht in der Fachzeitung aus, welcher nichts als Verdächtigungen gegen die Berliner enthalte. Der Vorstand der Zentral-Lohnkommission möchte sich doch in's Gedächtniß zurückrufen, daß es die Berliner Kollegen gewesen seien, welche bei dem Wiener, bei dem Anthoner und bei dem Perlmutterer helfend eingegriffen sind und große Summen abgezahlt haben und daß die Zentral-Lohnkommission daher nicht verlangen könne, daß noch Gelder nach Hamburg geschickt werden. Schließlich wurde das Bureau beauftragt, dem Vorstande der Zentral-Lohnkommission noch einmal Klarheit über die Berliner Verhältnisse zu verschaffen. Dann berichtete Kollege Menzel über Zulände, die in der Reichsaffachen Werkstatt herrschen. Neben sanitären (gesundheitlichen) Missethänden tadelt Redner besonders das Verhalten des Besitzers und seiner Söhne gegen die Arbeiter und erzählt einige Vorfälle, die seine Behauptungen beweisen sollten. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß eine Zeit kommen wird, wo wir mit diesen Fabrikanten einmal im Wüthigen sprechen werden; ebenso wird die Firma Gebauer zum nächsten Frühjahr etwas näher in Augenschein genommen werden müssen.

Die am Sonntag, den 11. Januar, in Schneegelsberg? Festalen stattgefundene, öffentliche Versammlung für Frauen und Männer, veranstaltet von dem Vese- und Distriktsklub „Freie Denker“, fand unter Leitung des Genossen Geisrois. Der Referent, Regierungs-Baumeister A. D. Kessler sprach unter lebhaftem Bei all über das „religiöse Gefühl“.

Die Versammlung war sehr stark besucht, und Hunderte mußten wieder umkehren, da der Saal nicht mehr Raum bot. Diese Versammlung war die erste ihrer Art in dieser Gegend.

Unter „Verschiedenem“ forderte die Genossin Frau Jährens wald zur regen Theilnahme an der in Saesser's Salon, Jäselstraße, stattfindenden Arbeiterinnen-Versammlung auf und lud zum Abonnement auf die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ein. Ein Antrag der Hamburger Gewerkschaftsliste zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Folgende Resolution wurde vom Genossen Keller eingebracht und einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet an ihrem Wissen und ihrer Ausklärung weiter zu arbeiten, damit wir späterhin wirklich wahre Freiheit zu unserem Eigenthum haben.“

Mit einem Hoch auf die internationale, Völker befreiende Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung. Unter Gesang und Tanz blieben die Genossen in fröhlicher Stimmung noch lange beisammen.

Der Verband der Zimmerleute Berlins feierte am Mittwoch, den 31. Dezember 1890, sein Sylvester-Vergnügen im Jeol's Salon, Andreasstr. 21. Das große geräumige Lokal war vollständig überfüllt von Genossen, Freunden und Mitgliedern, welche mit ihren Frauen und Bekannten erschienen waren, um in freudiger Stimmung das alte sorgenvolle Jahr zu Grabe zu tragen und ein neues besseres zu beginnen. Das Fest gestaltete sich unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Hoffnung“ durch den Gesang der Vieder: Anruf, von Herwegh. Ein Sohn des Volkes u. a. m. zu einem edlen, wahren Arbeiterfeste.

Der Geist, der das ganze Fest befeuerte, fand auch weitere seine Bestätigung in der Festrede des Genossen Detland, welcher in kurzen aber kräftigen Worten die Kämpfe der Arbeiter aller Länder im verfloffenen Jahre nochmals vorführte und beleuchtete, und darauf hinwies, daß neue vielleicht noch schwerere Kämpfe in diesem Jahre uns bevorstehen und um nun als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen, ist es notwendig, daß sich die Frauen und die Männer der Arbeit fest und geschlossen um das Banner der Sozialdemokratie freiheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit scharen. Langanhaltender, lebhafter Beifall folgte diesen Worten. Nach dem Gesang des Liedes „Ein Sohn des Volkes“ (von Pfeil) folgte der Vortrag „Das sterbende Handwerk“, vorgetragen von Fräulein Neumann. Reicher Beifall wurde auch ihr zu Theil. Nachdem noch die vom Verein veranstaltete Verlosung von Bildern beschriebener Kämpfer des Proletariats, stattgefunden hatte, kam wieder Lang-Gesang und schließlich wurde das vom Genossen Rudolf zum Jahreswechsel gedichtete Lied vorgelesen.

Briefkasten der Redaktion. Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Bezahlung beizufügen. Schreiben Antwort wird nicht ertheilt.

Oberbergwerk. 1. Wer aus der Kirche austreten will, muß beim Amtsgericht seines Wohnortes den schriftlichen Antrag stellen, einen Termin zur Entgegennahme seiner Erklärung anzusetzen. 2. Das Verbrechen der Bigamie wird bestraft, sobald die Behörde Kenntniß von demselben erhält, ohne daß es dazu eines förmlichen Strafantrages bedarf.

H. W., Oldenburg. Das Unfall-Versicherungsgesetz ist im Jahre 1883 noch nicht und hat keine rückwirkende Kraft. Sie können also keinen Anspruch erheben.